

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Wauß, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Klauß, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Blamfuß & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1927, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 921. Postzeitungsliste L. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Beim Abbestellen vom Verlag und den Postabstellen vierteljährlich 17.00 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 16.00 Mk., monatlich 5.00 Mk. ohne Zustellung. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühren: die regelmäßige Anzeigenzeile 1.00 Mk., im Restamtteil Zeile 2.50 Mk., Restamtteilende Zeile 30 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontonummer Nr. 2254 Berlin.

Nr. 271.

Magdeburg, Freitag den 19. November 1920.

31. Jahrgang.

Das russische Problem.

Auf der überreichlichen Tagesordnung der Wälder-Bundstagung fehlen die größten internationalen Probleme, steht vor allem das russische Problem. Nichts zeigt deutlicher als dies, wie sehr der Wälderbund noch ein Bund der Steger ist. Aber gerade deshalb wird man nicht überrascht sein dürfen, wenn plötzlich in irgendeiner Form Rußland in die Debatte geworfen würde. Denn die Niederlage Wrangels, die gerade rechtzeitig zum Zusammentritt des Wälderbundes kommt, ist eine Niederlage der Entente, und zwar offenbar eine endgültige Niederlage.

Es ist ein eigentümliches Mißgeschick, das alle Abenteuerer bisher betroffen hat, die mit militärischen Mitteln versuchten, das bolschewistische Regime in Rußland zu stürzen und das alte Regime wieder aufzurichten: Sie waren erfolgreich, solange sie aus eigener Kraft den Kampf führten oder doch die Unterstützung der Entente keine offene war. Sobald sie jedoch

von der Entente anerkannt,

war ihr Schicksal besiegelt. So ging es Kollschak, Denikin, Judenitsch, und so ist es jetzt dem baltischen Abenteuerer Wrangel ergangen. Daran änderte weder die finanzielle Unterstützung etwas, noch die Sendungen von Waffen und Munition, auch nicht die von militärischen und diplomatischen Beratern.

Geht man den Dingen auf den Grund, dann wird dieses Mißgeschick, das mit den konterrevolutionären Regierungen die gesamte Entente traf, so überraschend nicht erscheinen. Solange die Kollschak und Wrangel auf eigene Faust Krieg führten, mochten sie von allen russischen Patrioten, und darüber hinaus von allen Gegnern des bolschewistischen Regimes überhaupt, bis weit hinein in die sozialistischen Kreise, als nationale Befreier gelten. Und diese Tatsache war es ja immer, die die Entente verlockte, sie zu unterstützen. Sobald aber hinter dem nationalen Aushängeschild das Ausland sichtbar wurde, änderte sich die Situation. Kein russischer Patriot ist so naiv zu glauben, England und Frankreich würden Milliarden ausgeben, einzig und allein, um

in Rußland das demokratische Regime

aufzurichten und dann selbstlos und zufrieden dem russischen Volk allein es zu überlassen, seine künftigen Geschicke nach Belieben zu regeln. Jeder einsichtige Russe weiß vom zaristischen Regime her, daß das Ausland niemals etwas anderes getan hat, als Rußland als Kolonie zu behandeln. Was kann man vom Ausland erst erwarten, wenn es als Sieger an der Spitze eines von ihm ausgehaltenen Heeres in Moskau einzieht? Und deshalb verloren alle konterrevolutionären Armeen den moralischen Halt und die Anziehungskraft, sowie sie vom Ausland „anerkannt“ waren.

In dem gleichen Maß aber wuchs die Kraft der bolschewistischen Regierung. Es ist auch noch der Umstand zu berücksichtigen, daß die bolschewistische Regierung eine konterrevolutionäre Armee, solange diese auf sich allein gestellt war, mit ziemlicher Geringschätzung behandeln konnte. Bis zu einem gewissen Grade mochte die Sowjetregierung gar nicht so unzufrieden sein, daß irgendwo in dem ungeheuren russischen Reich eine Abenteuererbande existierte, die Lenin den nötigen Vorwand lieferten, den Belagerungszustand und alle Mittel

des roten Schreckens

aufrechtzuerhalten. Sie wurde jedoch gefährlicher, sobald sie nicht nur kleine Subsidien, sondern eine Unterstützung im großen von der Entente erhielt. Die Sowjetregierung konzentrierte dann alle ihr verfügbaren Mittel, um diese Armeen zu vernichten. Und bisher ist ihr das auch stets gelungen.

Es mußte ihr gelingen, weil die Entente es nicht wagen kann, mit ihren eigenen Armeen die Sowjetregierung zu bekämpfen. Frankreich hat einmal den Versuch dazu gemacht, der mit der offenen Revolte seiner Flotte im Schwarzen Meer und der Verbrüderung der französischen Landtruppen mit den russischen Truppen endete. Sowerig die Russen zu gebrauchen waren, für das Ententekapital gegen Sowjetrußland zu kämpfen, ebensowenig sind dazu

französische oder englische Soldaten

zu gebrauchen. Auch die tschechischen Legionäre versagten den Dienst, als der Krieg im eigenen Lande beendet war und man sie darüber hinaus gegen Rußland verwenden wollte. Mit der Vernichtung der Armee Wrangels dürfte die

letzte Armee vernichtet sein, die die Entente gegen Sowjetrußland unterhalten wird. Allein der russische Winter macht es für die nächsten fünf Monate unmöglich, eine neue Armee aufzustellen. Ob aber dann die Lenin und Trotzki noch weiter Rußland unter dem Schrecken ihrer Herrschaft werden halten können, kann man bezweifeln. Bisher haben sie ihre Schreckensherrschaft hauptsächlich auf die konterrevolutionären Armeen stützen können. Diese Stütze wird ihnen fehlen. Dagegen wird ihnen ein Feind entstehen, den keine Armee niederschlagen vermag, gegen den auch das schärfste Schreckensregiment ohnmächtig ist, der in Deutschland den Militarismus und das wilhelminische Regime besiegt hat: der Hunger.

Als Sozialdemokraten und als Deutsche haben wir uns nicht einzumischen in die innern Verhältnisse Rußlands. Wir werden aber gut tun, die bevorstehende Entwicklung in Rußland aufmerksam zu verfolgen. Denn die Zeit der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland kann nicht mehr fern sein. J.-S.-Z.

Die Flucht.

W. L. W. Konstantinopel, 16. November. (Neuter.) Wrangel hat Sebastopol als letzter verlassen. Sofort nach der Räumung der Stadt durch die Truppen Wrangels haben sich örtliche Sowjets gebildet. Die Einschiffung ging in völliger Ordnung vor sich.

W. L. W. London, 17. November. Nach dem Exchange Telegraph ist General Wrangel bereits in Konstantinopel eingetroffen. Die Pariser „Tribune“ meldet aus Konstantinopel, daß nach Räumung Sebastopols General Wrangel sich auf einem russischen Kreuzer einschiffte, der auch Truppen an Bord hatte. Drei weitere Transportschiffe mit 20 000 Soldaten und ein Schiff mit Verwundeten seien mit unbekannter Bestimmung in See gegangen. Die Trümmer des Wrangelschen Heeres leisteten heldenmütigen Widerstand, die Lage sei jedoch unhaltbar. Viele Offiziere hätten sich erschossen, um der roten Armee nicht in die Hände zu fallen; man erwarte in Konstantinopel das Eintreffen von 25 000 Flüchtlingen. —

Die Bergarbeiter an den Reichsminister.

Der Gesamtverband der Bergarbeiterverbände Deutschlands richtet in „Vorwärts“ an den Reichsminister Freydenberg einen offenen Brief, in welchem nochmals alle Gelegenheiten aufgezählt werden, bei welchen die von den Bergarbeitern geforderte Sozialisierung des Kohlenbergbaues zugesagt wurde. Es wird ferner erinnert an die Opferbereitschaft der Bergarbeiter, die Ueberschichten um Ueberschichten trotz der ungünstigen Ernährung- und Bekleidungsverhältnisse verfahren, um die Erfüllung des Abkommens von Spa zu ermöglichen.

Zu den in Offen ausgearbeiteten Vorschlägen der Stinnes, Silberberg und Voegler wird gesagt:

Diese Vorschläge können wir nach all dem Vorhergegangenen nur als einen wohlüberlegten Durchkreuzungsversuch der Sozialisierung bezeichnen. Wer die Anschauungen der Bergarbeitermassen und ihre wirtschaftliche Lage kennt, wird den Vorschlag, durch Ausgabe von „Kleinaktien“ den Empfindungen und Forderungen der Arbeiterklasse gerecht zu werden, als eine Verhöhnung der Arbeiterforderung bezeichnen. Das weitere Anfinnen, die Kohle nicht in das Gemeineigentum zu überführen, sondern den schon bestehenden oder in rascher Bildung begriffenen „gemischten“ privatkapitalistischen Werkkonzernen oder „Trusts“ noch größere als bereits jetzt existierenden Vorkaufsrechte in der Kohlenbelieferung zu sichern, empfinden wir als eine direkte Verpöschung des Gedankens der Sozialisierung.

In ersten Worten wird dann auf die zunehmende Unruhe hingewiesen, welche durch die Verschleppung und offenkundige Sabotage der Sozialisierung unter den Bergarbeitern entstanden ist, die sich durch das „bisherige Resultat der Beratungen im Reichswirtschaftsrat in ihren Erwartungen mit Recht betrogen“ fühlen. In dem Briefe wird ferner daran erinnert (das sollten sich besonders die Stinnes-Organen merken), daß die deutschen Bergarbeitergewerkschaften aller Richtungen die Sozialisierung verlangen und, wie sich in Genf zeigte, nicht nur die deutschen, sondern die Bergarbeiter aller Länder. In dem Briefe heißt es:

Wir weisen ferner auf den einmütigen Beschluß des Genfer internationalen Bergarbeiterkongresses für die Bergbau-Sozialisierung hin, die, so heißt es auch in dem Beschluß, wenn nötig, durch den Generalstreik der Bergleute erreicht werden müsse. Diesem Beschluß haben sämtliche in Genf vertretenen deutschen Bergarbeiterverbände rühmlichst zugestimmt.

Die Gefährlichkeit der von bürgerlicher Seite propagierten Auffassung, ohne die Möglichkeit, persönlich reich zu werden, sei

ein weiterer Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiet unmöglich, wird in folgenden Worten treffend gekennzeichnet:

Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, ohne die Befriedigung der persönlichen Antriebskräfte es dem wirtschaftlichen Leben an der nötigen Antriebskraft, dann, ist das allerdings die glatte Ablehnung jeder Sozialisierung. Das bedeutet dann auch die Aufforderung an den Egoismus, sich gegenüber dem Gemeinwesen möglichst wenige, aus besten gar keine Schranken aufzuerlegen.

Es wird auch gar kein Zweifel daran gelassen, daß die Bergarbeiter überzeugt sind, daß starke Widerstände vor allem in der Reichsregierung selbst der Sozialisierung sich entgegenstemmen. Der Reichsminister wird darum aufgefordert, „klaren Wein über die Stellung des Reichsministeriums zur Bergbau-Sozialisierung einzuschütten“. Je länger die Ungeklärtheit dauert, „um so schwieriger werden die Folgen sein“.

Vive le Franc! und der bayerische Stutzen.

Drei deutsch-nationale Abgeordnete haben an den Landesvorstehenden der Bayerischen Königs-Partei, Meyer-Stolz, folgenden offenen Brief gerichtet:

Die im „Bayerischen Königsboten“ erschienene Erklärung gibt keine Klarheit über den Punkt, ob Sie französisches Geld für die Bayerische Königs-Partei direkt oder indirekt angenommen haben. Als deutsch-nationale Männer und Mitglieder der Bayerischen Königs-Partei fordern wir von Ihnen eine ungeweihte Erklärung darüber.

So, also Mitglieder der Bayerischen Königs-Partei, deutsch-nationale Männer sehen den Vorstehenden Ihrer Partei als mit französischem Gelde gekauft an. Auf unsre Monarchisten können wir stolz sein und nicht weniger auf die Monarchen selbst. Die einen lassen sich vom „Erfeld“ laufen und die andern verschreiben ihr Vermögen ins Ausland. Vive le franc! denken beide.

Das Treiben der bayerischen Monarchisten, nach einem Ausspruch Escherichs besteht die Mehrheit der bayerischen Einwohnerwehren aus solchen, wird nachgerade selbst Zentrumsbüchern in Süddeutschland zu dumm. Nach einer Meldung bringen schwäbische Zentrumsbücher in Speerdruck eine Warnung an die bayerische Regierung des Inhalts, daß nach zuverlässigen Mitteilungen aus diplomatischen Kreisen bei weitem Widerstände der bayerischen Regierung gegen die Ablieferung der Militärwaffen und die Weibehaltung der bayerischen Einwohnerwehren mit der Besetzung des Ruhrgebietes sicher zu rechnen sei. Der Aufruf erklärt: Als Schwaben sprechen wir ganz offen aus, daß wir uns diese Politik des Selbstmords nicht gefallen lassen werden, weil alle Teile darunter zu leiden haben. Wir erwarten von den ruhig denkenden Kreisen des bayerischen Volkes, daß sie der Politik der Verbündung und Praese nicht folgen werden.

Wie berechtigt diese Warnung ist, zeigt eine Mitteilung der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, wonach das Landeschießen in Innsbruck (eine Wiederholung des bayerischen Landeschießens) nichts anderes sei als eine monarchistische Propaganda und daß die Staatsregierung es nicht gewagt habe, das Landeschießen zu verbieten, trotzdem die Interalliierte Kommission dies verlangt habe. Die Innsbrucker Arbeiterpartei hat in einer Versammlung gegen diesen Anschlag auf die Republik Stellung genommen. Die österreichische Wehrmacht hat eine Einladung zur Teilnahme an dem Schießen abgelehnt. Die „Arbeiter-Zeitung“ behauptet, daß deutsche Gewehre in Innsbruck verteilt wurden und daß jedes Mitglied einen bayerischen Militärstutzen und Munition erhalten habe, aus deren Verpackung ersichtlich sei, daß sie im Jahre 1918 fabriziert worden sind und daß sie aus dem Bestande der deutschen Reichswehr stammen.

Auf der einen Seite verweist also der Franz das deutsche politische Leben und auf der andern wird von den gleichen Verwickelten „Außenpolitik“ mit bayerischen Militärstutzen gemacht.

Der bayerische Ministerpräsident, der für dieses Porzellangeschlagen verantwortlich ist, hält Neben über Neben. Mit kindlicher Naivität versichert dieses Männlein, die bayerischen Einwohnerwehren seien keine weiße Garde und auch keine militärische Organisation. Das sagt der Mann zu gleicher Zeit, wo der Häuptling Escherich Karaden und Fahnenweihen abhält. Die Befürchtungen von einem Rechtsputz seien Geringfügigkeit. Natürlich! Im Hirne des Herrn v. Raue war auch der Knapp-Kaufsch kein Rechtsputz, sonst müßte er sich ja selbst einen Rechtsputz nennen. Dafür malt er die Gefahr einer neuen Münchner Rätereipublik riesengroß, und linksradikale Karren und die Spitze des Herrn Escherich sorgen dafür, daß es niemals an „Symptomen“ fehlt. —

Das schwarze Buch.

Wir lassen nachstehend die Ausführung des Gerichten Teilmann aus der Dienstzeitung des Preussischen Landtags über die Rechtspflege im neuen Deutschland folgen: Das vergangene Jahr ist der Zusammenbruch der Rechtspflege in Deutschland. Im Volke ist das letzte Vertrauen dazu geschwunden, woran alle die Justiztragikomödien von Kessel über Marlow bis Marburg, und das halb fürchterliche, halb lächerliche Vergehen beim Verfolgen der Kapp-Verbrecher und der Kettenschlepper Schuld tragen. Demgegenüber macht die Justiz erbarmungslos Arbeit gegen Arbeiter und Arbeiterzeitungen, wie überhaupt gegen alle, die Arbeiterinteressen vertreten. Zu welchen Verzerrungen sich dies steigert; dafür ein Beispiel: in Breslau hat ein Arbeiter behauptet, daß ein von ihm genannter Major im Kriege Postverleihen aus französischen Schlössern usw. gestohlen hätte. — Darauf erfolgte keine Untersuchung gegen den gräßlichen Major,

sondern gegen den Arbeiter.

(Hört, hört!) Dabei gab der gräßliche Major sogar zu, verabschiedete Sachen mitgenommen zu haben, allerdings, um sie vor der Verführung zu retten. Dies genügt dem Gericht, um den Arbeiter zu 8 Monaten Gefängnis zu verurteilen. (Stürmische Psuirufe links.)

Wäre als alles andre hat der Kapp-Busch die Parteilichkeit unfreiwillig gezeugt. Nicht einer der Kapp-Verbrecher wurde verurteilt, aber von uns Sozialisten sitzen noch hundert und aber hunderte in Untersuchungshaft oder im Gefängnis. Nebenher führt eine große Anzahl von Beispielen dafür an. Auch die Amnestie wird absolut nicht gleichmäßig nach beiden Seiten angewandt, indem bei uns der Begriff des Führertums nur allzuoft in geradezu lächerlicher Weise ausgebeutet wird, während auf der andern Seite selbst die ersten Führer straffrei ausgehen. (Sehr richtig! links.) Das furchtbarste ist, daß die Justiz

keinen einzigen der Mörder

zu fassen vermag, die während der Kapp-Lage alle die bekannten Untaten begangen haben, daß sie aber überall gegen jene vorgeht, die jene Mörder, "Mörder" nennen. (Sehr richtig!) Auch dafür bringt Medner eine Reihe von Beispielen, so den Fall des Korps Aulock, das Revolverattentat in der Gerichtsverammlung in Osnabrück und andre. Dieser angeblich nicht aufzufindende Soldat Ester ist heute noch Reichswehrsoldat. (Lebhaftes Hört, hört!) So stehen Richter und Staatsanwalt mit den Rechtsparteien gemeinsam im Kampfe gegen die Arbeiterschaft. (Beifall und Widerspruch.) Das zeigt sich besonders auch da, wo die Gerichte freies Ermessen haben: während die Klagen Eberts und Noskes wegen des bekannten Vadebildes abgelehnt wurden, wurde der Film, in dem der Schauspieler Wonn den Kaiser spielt — Schauspieler untereinander — (Seiterkeit) auf dessen Veranlassung eingeschoben. (Hört, hört!)

Im Falle der Gutehoffnungshütte wurden nach einer Hausdurchsuchung die gefundenen belastenden Schriften der Firma wieder zugestellt. (Ungehört!) Medner wendet sich dann gegen die Behauptung des Abgeordneten Schulze, daß die Staatsanwaltschaft die objektive Behörde sei und bringt dazu eine Anzahl Fälle zur Sprache, die beweisen, daß auch die Staatsanwaltschaft zweierlei Maß kennt. Die Gerichte haben im Kampfe

gegen das Schieber- und Wuchertum

genera fei verfaßt wie im Kampfe gegen die Kapp-Verbrecher. (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts.) Ueber Rechtsverschleppung bringt Medner dann noch eine weitere Anzahl von Beispielen, so den Fall Ellarz, in dem mit allen Mitteln versucht wird, die Verhandlung zu verschleppen, um gegen einen prominenten Parteifreund weiterhin Beschimpfungen und Verleumdungen auszusprechen zu können. (Sehr wahr!) Eine Förderung der Friedensämter ist ebenso notwendig wie eine Abklärung der Untersuchungshaft. Dazu kommt, daß die Behandlung während der Untersuchungshaft durchaus nicht so ruhig ist, wie sie der Revolvermer dargestellt hat. (Sehr richtig!) Strafausssetzungen müssen in weit umfangreicherem Maß angewandt werden. (Beifall.) Medner wendet sich dann gegen die Personalakten, die nicht unparteilich geführt und verwertet wurden. Auch in der Behandlung der Gefängnisbeamten sowie in der Auswahl der auf-

sichtführenden Richter habe die Justiz keine glückliche Hand. (Sehr wahr!) Es ist eine bekannte Tatsache, daß Richter und Staatsanwalt größtenteils deutschnationaler Gesinnung und Parteigebirgtheit sind. Da ist es darum nicht zu verwundern, daß das Volk in ihre Unparteilichkeit kein Vertrauen setzen kann. Der Minister müßte anfangen beim Personal der Staatsanwaltschaft, worauf er Einfluß hat. (Sehr richtig!) Wenn man erst sieht, daß dort ein Anfang gemacht wird, wird sich das im Richterstand schon bemerkbar machen. Auch von der von uns geforderten Zulassung der Frauen zum Rechtsstudium erhoffen wir Besserung. Durchgehend kann sie aber nur sein, wenn eine

Anzahl von Arbeitervertretern zu Richtern

ausgebildet wird, natürlich unter Ablegung einer Prüfung. (Lebhafter Beifall.) Wo Volksrichter zugelassen werden, muß endlich die freie Wahl eintreten. (Sehr richtig!) Die Listen der Geschworenen zeigen die Früchte der heutigen Auswahl nur allzu deutlich. (Sehr wahr!) Ueber nach der Zusammensetzung des Justizministeriums ist an solche Reformen überhaupt nicht zu denken. (Sehr richtig!) Wie wäre sonst die Haltung des Justizministeriums möglich in der Frage der Hohenzollern-Abfindung, in der das Finanzministerium ganz unsern Standpunkt teilt, daß dieser Abschluß eine

unerhörte Verschleuderung von Volksvermögen

bedeutet. Genau das gleiche sehen wir beim Agnatenrecht. Und nicht zu vergessen ist auch das Orgesch-Gutachten des Justizministeriums. (Sehr richtig!) Alles in allem: die Justiz hat in den letzten Jahren nicht ein einziges Gutes aufzuweisen, aber eine Fülle von Seiten, die schwarz im Buch ihrer Geschichte stehen werden. (Sehr richtig!) Der Kampf um die Justiz, um den Geist des Volkes und die Republik steht erst bevor, und es wird nicht eher Ruhe sein, ehe nicht auch die Gerichte erfüllt sind vom Geiste des Volksstaats und der freien Republik. (Lebhafter Beifall links.)

Klassenjustiz.

Nach einer Fülle Ketner Anfragen, unter denen sich auch eine Anfrage Witmaad befand, die wissen wollte, ob es der preussischen Staatsregierung bekannt sei, daß der Plan bestände, preussische Gebietskreise trotz der einmütigen Ablehnung der betreffenden Bevölkerung, an das Land Thüringen abzutreten, und einigen kurzen Gesehensvorlagen, die bald erledigt waren, fuhr die Preussische Landesversammlung am Dienstag in der Beratung des Ergänzungshaushalts fort, und zwar beginnend mit dem Etat der Justizverwaltung. Da markierten nun von rechts her die Medner des Bürgertums auf und priefen die schöne Gerechtigkeit, die wir in Deutschland haben — die allerdings den Deutschenationalen noch lange nicht gerecht genug ist —, der brave Bentrumsmann fand, daß die Autokratie des Rechts erneut gestärkt werden müsse usw. Das Haus, bestehend aus 5 bis 25 Abgeordneten und einem Tribünenbesucher, lautete mit gespannter Aufmerksamkeit, so gespannt, daß die Worte des Medners in den einsehenden andauernden Privatunterhaltungen untergingen. Nach diesen Reden war alles in Ordnung, und man konnte nichts Klügeres tun, als schnell ja und Amen zu dem Etat sagen und beruhigt das Haus verlassen im Bewußtsein, daß die Winde der Frau Justitia immer noch gut über beiden Augen flüht.

Da aber kam der Sozialdemokrat Heilmann und begann seine eindrucksvolle außerordentlich wirkende Rede mit dem imperativen Satze: Das vergangene Jahr ist der Zusammenbruch der Rechtspflege in Deutschland, und dann stellte sich dieser Mann hin und brachte Schlag auf Schlag, Beispiel für Beispiel den Beweis für seine Behauptungen. Für seine Behauptung, daß die Winde der Göttin längst abgenommen ist und daß sie eine Brille trägt in den deutschnationalen Parteifarben schwarzweißrot und eine Busenabende mit dem Patentkrenz. Ein unangenehm gutes Gedächtnis hat dieser Heilmann; wie Perlen an einer Schnur reichte er die Fälle einander, von Kessel über Marlow bis Mednerstebd, von den Kapp-Verbrechern über die Kettenschlepper bis zu den "Orgesch"-Leuten, diese Reihe, die ein einziger Sohn ist auf den Begriff Gerechtigkeit. Dies auf der andern Seite hin auf die Hunderte und aber Hunderte von Arbeitern und Republikanern, die im Gefängnis schmachten, weil sie Arbeiter, weil sie Republikaner sind. Was konnte die Rechte, was

die fatten Herren der Mitte anders tun, als verlegen Schweigen und hin und wieder ein unpassendes Wort dazwischen werfen. Aber ihre Frechheit war mit Angst gemischt, als Genosse Teilmann schloß: "Ich erwarte den Tag, an dem der Kampf um die Gerechtigkeit in Preußen beginnt." Sie wissen, daß dann die Gerechtigkeit nicht mehr in ihre Parteifarben gekleidet ist, sondern unerbittlich und blind nach Gebühr wagt und urteilt. —

Der Kampf um Oberschlesien.

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über Oberschlesien einstimmig angenommen und ihm, den R. P. D. zufolge, eine allgemeine Begründung beigegeben, die ersichtlich darauf hinweist, daß die preussische Staatsregierung und die preussische Landesversammlung bereits im Oktober 1919, also vor der militärischen Besetzung Oberschlesiens, eine Teilung dieser Provinz in Anbetracht ihrer "in sprachlicher und wirtschaftlicher Beziehung besonders gearteten Verhältnisse" beschloffen hatte. Nach den Bestimmungen der Reichsverfassung sei die Bevölkerung Oberschlesiens ohnehin berechtigt, darüber abzustimmen, ob Oberschlesien ein selbständiges Land im Rahmen des Deutschen Reichs werden soll. Im Hinblick auf die mehr als 700jährige Kulturgemeinschaft Oberschlesiens mit dem Deutschen Reich trägt die Reichsregierung keine Bedenken, diese bedeutsame Entscheidung ausschließlich und endgültig in die Hand der ober-schlesischen Bevölkerung selbst zu legen. Sie will ihr durch Einbringung dieses Gesetzentwurfs in unwiderruflicher Form die Möglichkeit bieten, das höchste Maß von Selbständigkeit und Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch zu nehmen, das nach der Reichsverfassung zugestanden werden kann. Schon jetzt soll jeder Zweifel über die künftige Stellung Oberschlesiens in der Gesetzgebung und Verwaltung beseitigt werden.

Nach polnischen Blättermeldungen beabsichtigt die polnische Regierung in einer offiziellen Erklärung die "Rechte" der Polen auf Oberschlesien ausdrücklich festzustellen. Diese Erklärung soll offenbar der Luftstakt zu neuer Hehe und neuer polnischer Offensive gegen Oberschlesien bedeuten.

Als Zeichen des beginnenden Endkampfes ist wohl auch eine umfassende Amnestie aufzufassen, welche die Interalliierte Kommission für die im Abstimmungsgebiet wohnenden Personen erlassen hat. Es handelt sich in der Hauptsache um Strafakten, welche im Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen in Oberschlesien begangen wurden, und dürfte vor den Polen als Zeichen der für sie günstigen Stimmung der Interalliierten gewertet werden. —

Das Pensions-Ergänzungsgesetz.

Der Reichsrat nahm am Dienstag gegen eine Stimme den Gesetzentwurf betreffend Ergänzung und Regelung von Bezügen der Pensionäre und Hinterbliebenen an. Im Gegensatz zu den bisherigen Gesetzen räumt der Entwurf diesmal der Besoldungsregelung auch auf die Pensionäre, die Witwen und Waisen rückwirkenden Einfluß ein. Der Gesetzentwurf verlangt Aufwendungen von über einer Milliarde Mark, die ungedeckt sind. Der Gesetzentwurf gibt 1. den Pensionären, die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind, einen Pensionszuschuß, der die Hälfte der Summe beträgt, die zwischen ihrer Pension und der nach der neuen Besoldungsordnung zustehenden besteht, 2. Witwen und Waisen und Wartegelempfänger werden ebenso behandelt. Ferner bekommen sämtliche Pensionäre, Witwen und Waisen denselben Kinderzuschlag wie die aktiven Beamten; Wollwaisen bis zum 21. Lebensjahr. An Teuerungszuschlägen bekommen Pensionäre usw. die Hälfte des Teuerungszuschlags, den die aktiven Beamten zu dem pensionsfähigen Dienststamm erhalten. Zu den Kinderzuschlägen wird er in voller Höhe wie bei den aktiven Beamten gewährt. Bei besonderen Verhältnissen kann auch sonst bis zur vollen Höhe des Teuerungszuschlags der aktiven Beamten gegangen werden. Schließlich ist eine Pensionserhöhung für Beamte vorgezogen, die vom 1. August 1914 bis 1. Dezember 1918 im aktiven Heer oder im Reichsdienst verwendet wurden. —

Kleines Feuilleton.

Die gespaltene Familie.

Amorelle von Theodor Thomae

"Mensch, ich zieh aus; man ist meines Lebens nicht mehr fähig in eignen Heim."

"Was ist denn los? Du bist ja gar nicht zum Wiedererkennen."

"August Bruns hat in der Werkstatt umher, als wenn er dienen unter dem Schiffs hätte. Schließlich trat er dich vor den anbern und sagte:

"Hier haben ich dabei und jeder ist in einen andern Partei. Mittags, abends, morgens, nachts, ganz gleich wann, was immer ist der Spektakel los. Was war es früher so schön gegen heute. Kurz und gut, ich zieh entweder aus oder ich schwach alle vier Jungen aus dem Zempel."

"Jeder ist bei einer andern Partei, sagst Du?"

"Natürlich, der Mag ist U. S. P. rechter Flügel, der Johann U. S. P. linker Flügel, Andreas, der Richter, ist R. P. D. und Moritz R. P. D."

"Nun steh ich als U. S. P. D. Vater mitten drin und ... Nein, nein, das hält kein Vieh aus."

"Na, und Deine Frau?"

"Die hat den Einigungssammel, die schreibt den ganzen Tag: Kinder, verbringt Euch! Aber die Bande läßt sie aus. — Kommt doch mal nur einen Abend zu mir, damit Du den Stempel hörst. Du hast ja keine Ahnung."

"Gut, ich komm", sagte Wolf. Die Fabriklampe gab ihr hellendes Signal, die Pause war zu Ende."

Am nächsten Sonnabend wanderte Wolf in den Vorort, um August Bruns zu besuchen. Ihn interessierte es selbst, diese gespaltene Familie kennenzulernen."

Es war noch früh; die Jungen noch nicht alle da. Nur Andreas lag die "rote Fahne". Der Tisch des Vorplatzes war aber schon für das Abendessen gedeckt."

Es dauerte auch kaum eine halbe Stunde, da kamen sie alle der Reihe nach angelangt. Kräftige, aufgeschlossene Gestalten mit energischen Gesichtszügen. Keiner sprach zunächst ein Wort, aber jeder beäugelte den andern; wie gereizte Hunde gingen sie auf und ab. Als Moritz die "rote Fahne" sah, schob er sie verächtlich beiseite."

"Täglich erscheinende Schundliteratur," sagte er bissig, "wer nur solchen Unsinn lesen mag."

Andreas sprang auf: "Nimm Deine fünf Blödsinne zusammen, verfluchte!"

"Hab Dich nicht."

"Geh's schon wieder los," sagte die Mutter aus der Küche, "wollt Ihr wohl einig sein!"

"Sag's dem Moritz, der hat angefangen."

"Sag doch Deine 'Fahne' nicht überall rum."

"Bedenke Dir werb' ich nicht die 'Woge' abonnieren."

"Auf einmal gab's in der Kammer Krach."

"Was sagst Du, Moritz war nichts für uns? Behalt' Deine Freiheit broden für Dich; werde Du mit Deinem Dittmann und Toni Sender fertig, aber vergreif' Dich nicht an Damian, sonst hau' ich Dir eine in die Freie."

"Hui Deibel, Johann! Johann, schäm Dich nicht, gegen Mag zu sein!" schrie die Mutter.

"Das klappt sich nicht, alter Herr, so was steht nicht im 'Vorwärts'. Wer meinen Stöder baut, dem hau' ich seinen Dittmann."

"Wer hat gehaut?" rief die Mutter in den Vorplatz.

"Gehaut nicht, aber er hat gesagt, das in Rußland war kein Sozialismus, das war Diktatur über die Arbeiter."

"Da hat er recht," rief Moritz, "das sagt Müllle auch."

"Der muß es wissen!" schrie Andreas. "Mensch, mach Licht an, damit ich Deine Dummheit von Angesicht zu Angesicht sehen kann."

Mag kam in den Vorplatz. "Es ist wieder kein Stück Papier zum Einwickeln da."

"Nimm die 'Freiheit', dazu langt se noch," schrie Andreas.

"Da haste recht, die 'Fahne' brauchen wir sowieso aus's Klosett."

"Gemeiner Lump elendiger, ich hau' Dich zu Lumpen, wenn Du noch was so was sagst."

"Aber Kinder, nun seid doch einmal eine halbe Stunde einig, kommt zum Essen."

Es gab Kartoffeln, Sauerkraut ohne Beilage.

"Gib's nicht was fleischeres?" fragte der Vater.

"Seit die Scheidemänner regiert haben, wo soll denn da Fleisch herkommen," brumnte Johann.

"Wärst Ihr in die Regierung gegangen, kiesen die gedratenen Säue über die Keller," ulkte der Vater.

"Vorläufig laufen die Rindviecher noch frei rum," rief Mag dazwischen.

Andreas sagte bisher kein Wort, er lautete mit allen Waden und hatte schon ein schönes Häufchen Schalen neben sich, die letzte Bemerkung bezog er aber auf sich, er rief:

"Wenn De Deine Anspielungen auf die dritte Internationale nicht läßt, dann sollste mal sehn."

"Vertragt Euch," warnte die Mutter. "Wenn Ihr wieder eine Balgerei anfangt, schmeiß' ich Euch alle bierre raus. Dann könnt Ihr sehen, wo Ihr mit den paar Dreieren bleibt, die Ihr verdient. Wir sind in der schlimmsten Zeit aufeinander angewiesen, sonst gehn wir kaputt."

"Schön gesagt, wie aus der 'Rostischen Zeitung', aber det ..."

"Iz die Mutter nicht. Die meint's gut mit Euch," fiel der Vater Moritz ins Wort.

"Der Andreas hat wieder den größten Haufen Kartoffeln vor sich," räsionierte Johann.

"Kunststück, der is doch auch Kommunist," meinte Mag.

"Was soll das heißen?" fuhr Andreas auf.

"Daß Du die Sache nicht bloß im Parteiprogramm stehen lassen sollst, sondern auch praktisch durchführst. Sei auch gegen uns kommunistisch."

"Mit Euch? Mich in die Lüte, wer nicht mit mir is, der is gegen mich, dem fuhr' ich mich nicht verpflichtet."

"Genau wie in Rußland, da kriegen auch bloß die Sowjetleute was zu essen," meinte der Vater.

"Wer hat denn meine Hosen angezogen?" fluchend rief es aus der Kammer.

"Der Mag, ich hab es ihm erlaubt, er muß sich erst ein Paar kaufen," bemerkte Frau Wahn.

"Dieß die Wuzen aus, denkst Du, ich laß' einen politisch mit dem Drechburdshall Beschäfteten in meinen Hosen rumlaufen?"

"Nur für heute."

"Nicht bis vor die Tür, die laßten mein Geld."

"Dieß ein Paar von mir an," sagte der Vater, wir von der M. S. P. fürchten uns nicht vor Anflebung."

"In Deine Hosen gehört er auch," bemerkte Johann, "hab wech' Ihr zwee beeden überhaupt nur noch einen Anzug tragen."

"Vielleicht bist Du noch mal froh," stotzete Mag, "wenn wir Dir en Hemd pumpen, vorläufig laß ich in meine alten Hosen, ich brauch' von niemand weiche."

"Mit der laßst Du nicht fort, Mag, die ist Dir doch vorige Woche in Halle ganz zerflogen worden," schimpfte Mutter, "zieh doch den Vater seine an, die hat zwar auch ein paar dünne Stellen, aber die ist stark, die is nicht von so 'n Papierzwin wie Deine."

Mag brummete noch ein wenig, dann trod er in die Hofe. Inzwischen war der Tisch abgeräumt worden. August Bruns ging zu seinem Kollegen Wolf, der währenddem rauchend in der guten Stube gesessen hatte.

"Nun, was sagst jetzt? Ist das ein Festtag, kann man da leben?"

"Ich hab' gelacht, ich hab' gelacht, sag' ich Dir! ... Aber Du hast recht. Wer als Vater mitten drin steht und den Kammer der vielen Ansichten mitanhört, dem is nicht zum Lachen."

"Geit' abend hamm sich die Wuzen noch zusammengenommen, weil Du da warst. Aber wenn se ganz unter sich sind, ei mei, da gib's oftmals Senge. ... Was soll ich machen, Wolf?"

"Abwarten, abwarten, die gemeinsame Not wird sie schon wieder zusammenbringen. Vor allem darfst Du die Geduld nicht verlieren. Dein Beispiel wird mit der Zeit schon wirken."

"Na, dann wollen wir noch mal zusehen, aber schön ist anderz." Damit verabschiedeten sich die beiden alten Freunde.

"Genau wie im Leben," dachte Wolf, als er sinnend heimwärts schritt.

Ein Wettbewerb zur Erwerbslosenfrage (20 000 Mark Preise). Unter Förderung des Reichsarbeitsministeriums schreibt der "Getreue Eckart" einen Wettbewerb aus, der den Zweck hat, geeignete Vorschläge zur Produktivgestaltung der Erwerbslosenfürsorge in Deutschland zu erhalten und so diese wichtige soziale Frage einer Lösung zuführen zu helfen. An Preisen sind insgesamt 20 000 Mark ausgesetzt, und zwar: erster Preis 10 000 Mark, zweiter Preis 5000 Mark, dritter Preis 3000 Mark, vierter Preis 1000 Mark, fünfter Preis 1000 Mark. Die näheren Bestimmungen und Druckfachen für das Anschreiben, an dem sich jedermann beteiligen kann, sind "kostenlos von der Hauptredaktion des 'Getreuen Eckart', Berlin-Kreuzberg, Kappeleischstraße 15, zu erhalten. Irdenwelche Bedingungen, wie Bezug der Zeitschrift usw., sind an die Beteiligung am Wettbewerb nicht geknüpft.

Was trägt die Ausstellung nackter Frauen? In Großmanns Tagebuch lesen wir: Herr Gelly de Meidt, kein Radfahrer, sondern der Gatte seiner Frau, ein ehemaliger preussischer Oberleutnant, ist kürzlich mit dem Berliner Gastwirt, bei dem die Schönheitstänze seiner Truppe vorgeführt werden, in Streit geraten. Dabei wurde öffentlich festgestellt, daß der Radfahrer dieser Frauenausstellung im Monat bis zu 90 000 Mark eingenommen habe. Das wäre, für ein Jahr gerechnet, ein Jahres-einkommen von einer Million, und zu dieser Beute war eigentlich nichts nötig als der herzhafte Entschluß, die Gattin und eine Anzahl zum Teil unmündiger Mädchen den Widen eines wohl-geneigten Publikums auszusetzen. —

Der unheilvolle Nationalismus.

In der Tschechoslowakei ist der nationalistiche Wandalismus wieder losgelassen. Weil tschechische Legionäre in Eger den Versuch gemacht hatten, das dortige Kaiser-Joseph-Denkmal zu demolieren, haben die deutschen Nationalisten von Eger die Einrichtung der tschechischen Schule demoliert, die Lehrmittel auf die Straße geworfen, die Bilder zerstört, den Mädchen und Frauen, die mit tschechischen Soldaten verkehrt hatten, die Haare abgeschnitten und auf sie förmlich Jagd gemacht.

Natürlich antworteten die tschechischen Nationalisten in Prag, Bilsen und Brünn mit den gleichen „Geldentaten“. Deutsche Zeitungen wurden am Erscheinen behindert, deutsche Firmenschilder herabgerissen, das deutsche Landes-theater in Prag „beschlagahmt“ und zur Aufführung von tschechischen Stücken benützt, Deutsche wurden verprügelt usw.

Aus Teplicz und Reichenberg werden wieder arbeitslose tschechische Manifestationen gemeldet. Die Regierung scheint ohnmächtig. Die Nationalisten beweisen wieder ihre Unkultur. —

Die Dienstzeit in Frankreich.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand beschäftigte sich der französische Ministerrat mit der auswärtigen Lage. Ferner besprach der Ministerrat den Gesekentour über die Militärdienstzeit und sprach sich grundsätzlich für eine 18 monatige Dienstzeit aus. Die Verminderung der Dienstzeit soll aber erst nach Ablauf der Uebergangszeit von den Bedürfnissen der Landesverteidigung und der auswärtigen Lage abhängen. Der Kriegsminister Lefèvre hat wegen Meinungsverschiedenheiten mit den übrigen Ministern in der Frage der Dauer des Militärdienstes den Wunsch ausgesprochen, von seinem Amte zurückzutreten. Ministerpräsident Lehgues bat ihn, im Amte zu bleiben.

Es dürfte übrigens zu einer Einigung im Kabinett und im Parlament kommen. Man wird „grundsätzlich“ die 18 monatige Dienstzeit beschließen, praktisch die Durchführung des Beschlusses jedoch auf unbestimmte Zeit vertagen. Daß es bei der gegenwärtigen Politik Frankreichs nicht an Gründen für eine solche Vertagung fehlt, liegt auf der Hand. Ob die französischen Soldaten mit einer solchen „grundsätzlichen“ Politik sich auf die Dauer zufrieden geben werden, kann man mit Recht bezweifeln.

Ein Vorschlag zur irischen Frage.

Wie aus London gemeldet wird, hat die irische Arbeiterkonferenz die Vorschläge der englischen Arbeiterpartei betreffend Lösung der irischen Frage gutgeheißen. Die Grundlagen dieser Vorschläge bestehen in folgenden Punkten: 1. Irland wird von den Kruppen geräumt; 2. es wird eine nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung gehaltene verfassunggebende Versammlung zusammenberufen; 3. die verfassunggebende Versammlung stellt einen Grundgesetz auf, welcher zwei Bedingungen erfüllen muß, nämlich Schutz der Minderheiten und Ausschaltung der Möglichkeit, daß durch Irland eine Verbindung zu Lande oder gar See entsteht. —

Die Wahlen in Griechenland.

Die griechischen Wahlen haben mit einer vernichtenden Niederlage der seitherigen Regierung von Venizelos geendet. Die Anhänger von Venizelos erhielten nur 118 Sitze, die Gegner von Venizelos 250. Infolgedessen gab Venizelos seine Demission. Es wurde ein Kabinett Hallis gebildet.

Die antikolonialistische Mehrheit verlangt die Rückkehr des Königs Konstantin, der von den Alliierten während des Krieges wegen seiner deutschfreundlichen Politik abgesetzt wurde und in der Schweiz lebt. Die Alliierten werden sich dem jedoch widersetzen. Es ist freilich nicht recht ersichtlich, wie sie die Proklamierung des Königs von Griechenland verhindern können. Es müßte denn sein, sie besetzen wieder Griechenland mit alliierten Truppen. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, daß sie das riskieren können, zumal ihre Lage im Balkan nach der Vernichtung der Armee Brangels höchst ungemütlich für die Alliierten geworden ist. Die Türkei hat sich schließlich geweigert, den Friedensvertrag von Sevres zu ratifizieren.

Das englische Telegraphenbureau Reuters meldet aus Konstantinopel, daß die Beziehungen zwischen Kemalisten und Bolschewisten immer enger würden. Das Ziel sei die Vertreibung aller fremden Truppen aus Kleinasien. In Angora sei über alle Unterzeichner des Friedensvertrags von Sevres das Todesurteil ausgesprochen worden.

Wie nun, wenn der unfreiwillige Siegerstaat Griechenland zum offenen Feinde wird? Man hat in Paris den Griechen eine imperialistische Politik aufgenötigt, von der die Griechen selber nichts wissen wollen. Und das ist begreiflich. Diese Politik zwingt Griechenland, ein großes Heer und eine große Flotte zu unterhalten, Dinge, die um so kostspieliger sind, als alle Waffen, Munition, Kriegsschiffe, wie die sonstige Ausrüstung, aus dem Ausland, und zwar aus England und Frankreich, bezogen werden müssen.

In Paris ist man über den unerwarteten Ausgang der Wahlen bestürzt. Aber einen andern Ausweg als den einer Gewalttat, weiß man nicht. Und dieser Ausweg führt in eine Sackgasse. —

Der Völkerbund.

Von der Plenarsitzung des Völkerbundes vom Mittwoch gibt das Wolff-Bureau folgenden telegraphischen Bericht: Präsident Szmans teilte zu Beginn der heutigen Vorkonferenz der Völkerbundsversammlung mit, daß sich die sechs Kommissionen gebildet hätten und nachmittags zur Wahl ihrer Präsidenten schreiten würden. Die fünfte Kommission, die

sich mit der Aufnahme neuer Mitglieder in den Völkerbund zu befassen haben wird und die infolgedessen von größter politischer Bedeutung ist, umfaßt eine Anzahl der hervorragendsten Mitglieder der Völkerbundsversammlung. So gehören ihr unter andern an Lord Robert Cecil (Südafrika), Queyrebond, Minister des Äußern von Argentinien, Unterstaatsminister Fisher (England), Bidant (Frankreich), Tittoni (Italien), Ranjer (Norwegen), der holländische Minister des Äußern Karnebeel, der frühere serbische Botschafter in Petersburg Spalatkowitsch, Branting (Schweben), Bundespräsident Motta (Schweiz), der tschechoslowakische Minister des Äußern Benesch.

Präsident Szmans erteilte Queyrebond das Wort zu dem zur Verhandlung gelangenden Bericht des Generalsekretariats des Völkerbundes über die Tätigkeit des Völkerbundsrats und des Generalsekretariats während des ersten Jahres des Bestehens des Völkerbundes. Queyrebond schilderte vorerst die Haltung Argentinien während des Krieges und den Konflikt zwischen Deutschland und Argentinien wegen der Tätigkeit der U-Boote, und kam sodann auf die Frage der

Aufnahme neuer Staaten

Aufnahme neuer Staaten zu sprechen. Für die Aufnahme eines Mitglieds müsse es genügen, wenn irgendein souveräner Staat seinen Willen kundgibt, dem Völkerbund beizutreten. Im Interesse der Demokratisierung des Völkerbundes wünscht Argentinien, daß die Mitglieder des Völkerbunds aus der Völkerbundsversammlung gewählt werden und daß sämtliche dem Völkerbund angehörenden Nationen auch im Völkerbundsrat vertreten sind. Ferner erhofft Argentinien vom Völkerbund die Schaffung eines obligatorischen internationalen Schiedsgerichts und einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten zur Förderung der gemeinsamen Interessen der Völker.

Sagerup (Norwegen) erinnert daran, daß die nordischen Staaten besonderes Gewicht legen auf die Verhandlung der U-Bootfrage in der Völkerbundsversammlung. Er betont die Notwendigkeit einer Kontrolle des Völkerbundsrats durch die Versammlung, da nur dadurch die im Rate nicht vertretenen Nationen die Möglichkeit eines gewissen Einflusses bekämen.

Lord Cecil (Südafrika) empfiehlt im Namen Südafrikas, daß der Völkerbund die größte Sparlichkeit walten lasse. Er sprach sodann die Hoffnung aus, daß der Charakter der

Öffentlichkeit

in der Tätigkeit des Völkerbundes immer stärker zur Geltung komme, und reichte einen Antrag ein, durch den der Völkerbundsrat eingeladen wird, künftig die Öffentlichkeit über seine Tätigkeit eingehend zu unterrichten. Unter steigender Aufmerksamkeit kam sodann Lord Cecil kurz auf die Danziger Frage und die armenische Frage zu sprechen und ersuchte den Rat um neue Mitteilungen über seine in der Danziger Frage unternommenen Schritte. Lord Cecil verlangte, daß sich der Völkerbundsrat energisch mit der armenischen Frage befassen möge, und daß die Völkerbundsversammlung nicht auseinandergehen dürfe, ohne in der armenischen Frage einen praktischen Beschluß zu fassen, der geeignet sei, die Rechte dieses Volkes zu retten. Lord Cecil kam dann auch auf den polnisch-litauischen Konflikt zu sprechen und verlangte, daß der diplomatische Schriftwechsel über diese Angelegenheit der Völkerbundsversammlung unterbreitet werde. Der Konflikt sei von so großem Interesse, daß die Welt ein Recht habe, in vollem Umfang darüber unterrichtet zu werden. Weiter brachte Lord Cecil eine Resolution ein, daß das in Brüssel angeschnittene Finanzproblem ebenfalls der Völkerbundsversammlung zur Stellungnahme zu den in Aussicht genommenen Maßnahmen nach im Laufe dieser Session unterbreitet werde. Die Zollsperrungen und die gegenseitigen Barrieren müßten verschwinden und die militärischen Aufgaben stark verringert werden. Die Völkerbundsversammlung könne in dieser Beziehung nicht zübel, sondern höchstens zuwenig tun. Der Völkerbund müsse grundsätzlich eine Politik der Versöhnung treiben. Redner appelliert zum Schluß an die Versammlung, daß sie sich zu energischen Maßnahmen entschleße, um den Geist des Völkerbundes wirklich lebendig zu gestalten. —

Soziale Baubetriebe.

Am 10. November fand im Gewerkschaftshaus in Berlin die zweite Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe statt. Seit der ersten Konferenz im Februar d. J. hat sich die Zahl der sozialen Baubetriebe von 40 auf über 100 erhöht. Von den Betrieben haben die meisten die Form der Genossenschaft; vier sind Gesellschaften m. b. H., und einige sind städtische Regiebetriebe. Die sozialen Betriebe ohne die städtischen Regiebetriebe haben bereits jetzt einen Umsatz von über 100 Millionen Mark. Allein durch ihre Tätigkeit und ihren Wettbewerb haben diese Betriebe der Allgemeinheit gewaltige Summen erspart. Wo sie sich am Wettbewerb beteiligen, hat das private Unternehmertum wieder rechnen gelernt, und sowohl die sozialen Betriebe die Arbeiten nicht selbst ausführten, haben sie die Unternehmer zu starken Preisherabsetzungen und zum Verzicht auf übermäßige Gewinne gezwungen.

Die Konferenz wurde vom Genossen Paepow, dem Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes, geleitet, der besonders herzlich die Vertreter des holländischen Bauarbeiterverbandes begrüßte, die gekommen waren, um sich über die Sozialisierungsbewegung in Deutschland zu unterrichten und die deutschen Erfahrungen der holländischen Sozialisierungsbewegung nutzbar zu machen.

Den Bericht über die Referate erstattete der erste Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe (früherer Stadtbaurat von Schöneberg) Dr.-Ing. Martin Wagner. Er schlug im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat und Beirat des Verbandes die Gründung von Bezirksverbänden sozialer Baubetriebe vor. Aufgaben der Bezirksverbände sollen sein: Die Prüfung der Verhältnisse der Einzelbetriebe bei Anträgen auf Kreditgewährung; die Kreditgewährung selbst; die Gründung neuer Betriebe; die Uebernahme solcher Aufträge, die für den sozialisierten Einzelbetrieb zu umfangreich sind und die Verteilung der Arbeit an die einzelnen Betriebe; die Beschaffung von Baustoffen sowie von Gerüsten, Maschinen und Geräten für die einzelnen Betriebe; die Förderung der Sozialisierung im Bezirk, insbesondere auch die Ausbildung von Betriebsleitern und Betriebsräten; die künstlerische und technische Beratung der einzelnen Betriebe; die Revision der Einzelbetriebe. Es soll angestrebt werden, daß sich an der Gründung einzelner neuer Betriebe außer den Bezirksverbänden und den baugewerblichen Arbeiterverbänden der Orte auch die Gemeinden, der Staat, Wohnungsfürsorgegesellschaften usw. beteiligen, damit die Einzelbetriebe auf eine möglichst gesunde Grundlage gestellt werden und ihre Aufgabe, das Bauen zu verbilligen, zu erfüllen können. Sowohl die Einzelbetriebe wie die Bezirksverbände sollen Treuhänderbetriebe der Bauauftraggeber sein. Außer festem Anlagekapital soll der Verband sozialer Baubetriebe auch Kreditkapital beschaffen. Dieses Kreditkapital soll aufgebracht werden durch die Ausgabe von Schuldscheinen, für die der Verband sozialer Baubetriebe die Haftung übernimmt. Die Schuldscheine werden bezinst und können von den baugewerblichen Hand- und Kopparbeitern entnommen werden.

In der Aussprache wurde in ausgiebiger Weise über die beste Form der sozialisierten Betriebe gesprochen. Eine einheitliche Auffassung wurde darüber nicht erzielt. Die Vertreter der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Leitung des Verbandes hielten die Gesellschaftsform für die beste, weil sie die Beteiligung von Gemeinden, Ländern, gemeinnützigen Wohnungsfürsorgegesellschaften usw. bei der Gründung und Finanzierung viel eher gestalte, als die Genossenschaftsform und weil die Gesellschaften m. b. H. auch finanziell viel fester fundiert seien als die Genossenschaften, bei denen der Betrieb

durch Austritt von Genossen beziehungsweise durch Kündigung von Anteilen leicht gefährdet werden könne. Die Vertreter der Genossenschaften verwiesen demgegenüber auf die glänzenden Erfolge der Genossenschaften. Herr Stadtbaurat Paepow erbot städtischen Baubetrieb Neudölln trat lebhaft für die Kommunalisierung des Baugewerbes ein, mit der man in Neudölln die besten Erfahrungen gemacht habe. Beschlüsse über die Form der Betriebe wurden nicht gefaßt. Man will es der Entwicklung überlassen, welche Form sich in der Praxis am besten bewährt. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmertum seine Macht gewaltig stärkt, indem es Kampffonds sammelt und sich enger als je zusammenschließt, während sich die Arbeiterschaft durch Zerspaltung im politischen Kampfe schwäche. Um die verhängnisvollen sozialen Betriebe niederzuringen, sind die Unternehmer einzelner Orte bereits dazu übergegangen, mit Verlust zu arbeiten. Die sozialen Betriebe können sich das nicht leisten, aber sie setzen der Kampfweise der Unternehmer den Idealismus und die Arbeitsfreude der Arbeiter in den sozialen Betrieben entgegen.

Der Gründung von Bezirksverbänden in der von Aufsichtsrat und Beirat vorgeschlagenen Form wurde von der Konferenz zugestimmt. Die Gründung soll nur dort vorgenommen werden, wo bereits eine Notwendigkeit dazu vorliegt.

Beim Punkte Stellungnahme zum Konkurrenzkampf mit den privaten Unternehmern wurden eingehend die Praktiken beleuchtet, die das Privatunternehmertum im Kampfe gegen die sozialen Betriebe anwendet. Von vielen Baubehörden werden die Privatunternehmer in ihrem Kampfe gegen die sozialen Betriebe unterstützt, indem man entweder die sozialen Betriebe überhaupt nicht zum Wettbewerb heranzieht oder ihnen für die Paktulation völlig unzureichende oder gar irreführende Unterlagen liefert. Die Konferenz richtete deshalb einen Appell an die Vertreter der Arbeiter in den Baubehörden und Gemeindeparkamenten, die größte Wachsamkeit gegenüber diesen Schlichen zu üben, damit das Allgemeinwohl nicht geschädigt wird.

Nach Erledigung einiger anderer Punkte wurde die Konferenz vom Vorsitzenden Paepow mit dem Wunsche geschlossen, daß ihre Beratungen sehr zur Förderung der Sozialisierungsbewegung beitragen möchten. —

Notizen.

Die Folgen der Spalterei. Im Preußenparlament gibt es keine Fraktion der Unabhängigen mehr. Nach den Bestimmungen sind zur Fraktionsbildung mindestens 15 Abgeordnete notwendig. Nun verfügen die Reichler nach der Spaltung nur über 14 und die Linken über 10 Sitze, keine Partei ist aber imstande, eine Fraktion zu bilden. Trotzdem wurde die bisherige Verteilung der Sitze in den Kommissionen beibehalten. Die Reichsparteien haben aber jetzt den Antrag gestellt, die Sitze neu zu verteilen und dann werden die Unabhängigen überhaupt ausgeschlossen. Unsere Genossen haben widersprochen, doch besteht keine Aussicht, daß die bürgerliche Mehrheit es bei dem jetzigen Zustand beläßt. Die Spalterei bringt aber wieder einmal eine Schwächung des sozialistischen Einflusses. —

Danzig im Völkerbundsrat. Der Völkerbundsrat beschäftigte sich am Mittwoch nachmittag mit der Frage der Verfassung der Freien Stadt Danzig. Nach Prüfung des Berichts über die von dem polnischen und dem Danziger Vertreter in der letzten Sitzung aufgeworfenen juristischen Fragen setzte der Völkerbundsrat den Text der Verfassung der Freien Stadt endgültig fest. Die Vertreter der beiden beteiligten Staaten waren zu der heutigen Sitzung nicht geladen worden. Die gefaßten Beschlüsse werden ihnen nach beendeter Sitzung mitgeteilt. —

Die deutschen Viehablieferungen. Am Montag haben in Paris die Verhandlungen über die deutschen Viehablieferungen begonnen. In mehrfachen Verhandlungen vor der Sachverständigenkommission, des Wiedergutmachungsausschusses und vor einer Unterkommission haben die deutschen Vertreter Gelegenheit gehabt, die Stellungnahme der deutschen Regierung ausführlich darzulegen. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt. —

Depeschen.

Streit in Mitteldeutschland?

Halle, 18. November. Es liegen hier verschiedene Meldungen vor, nach welchen von linksradikaler Seite versucht wird, in Mitteldeutschland einen ähnlichen Streit wie den der Berliner Elektrizitätsarbeiter zu provozieren. Eine lebhafteste Agitation hat besonders im Leuna-Werk eingesetzt. In den Kohlenrevieren entfaltete die „Union“ eine eifrige Tätigkeit. Die Zusammenkunft der „Union“ ist bekanntlich so, daß immer die Gefahr besteht, daß ihre „Aktionen“ von rechtsbolschewistischer Seite beeinflusst sind. Die Reaktion wartet mit schmerzlicher Sehnsucht auf linksradikale Dummheiten, um endlich einen Anlaß zur „Ordnungstiftung“ zu finden. —

Polnisch-russische Friedensverhandlungen.

L. U. Wiga, 18. November. Gestern fand die erste Zusammenkunft der beiden Delegationen statt. Die bolschewistischen Vertreter brachten Verletzungen des Waffenstillstandes durch die Polen zur Sprache, während die polnischen Delegierten die Vorwürfe als haltlos bezeichneten und ihrerseits auf zahlreiche Fälle von Verletzungen des Waffenstillstandes durch die Bolschewisten hinwiesen. Die erste Besprechung der Delegierten verlief ohne positives Ergebnis. —

In den Anruhen in Prag.

L. U. Prag, 18. November. Präsident Masaryk ist auf eifrigste bemüht, durch Verhandlungen mit den politischen Parteien die Ruhe wiederherzustellen und eine parlamentarische Regierung zu bilden, da sich das Beamtenskabinekt als zu schwach erwiesen hat, um der Anruhe Herr zu werden. Leider sind seine Verhandlungsaaktionen gescheitert. —

Koalitionsregierung in Belgien.

M. L. W. Brüssel, 18. November. Der Sozialistenkongreß behandelte am Mittwoch die Frage der Verrückung der Kabinetsbildung. Der Kongreß beschloß mit 340 000 gegen 221 000 Stimmen die Beteiligung der Sozialisten am Kabinett Carton de Wiart. Die geringe Mehrheit zeigt die Zustimmung über die unklare Formulierung in der Frage der Militärdienstzeit. —

Englische Mißstimmung.

L. U. London, 18. November. Aus London wird der „Times“ gemeldet, daß die englische Regierung von dem Ergebnis der griechischen Wahlen sehr überrascht wurde und zu verlesen gegeben hat, daß sie sich mit der französischen Regierung über die Haltung der Alliierten bezüglich Griechenlands zu verständigen wünscht. —

Regierungskrise in Finnland.

M. L. W. Kopenhagen, 18. November. Wie die Zeitungen aus Helsingfors melden, geben sämtliche Minister der Regierung ihre Entlassung, weil der Reichstag die Vorlage über Grenzbeobachtungsmassnahmen abgelehnt hatte. Der Präsident von Finnland erwiderte den sozialdemokratischen Führer Tanner die neue Regierung zu bilden. —

Zur Frage der Thronbesteigung in Griechenland.

L. U. Paris, 18. November. Die Eventualität der Thronbesteigung des Kronprinzen von Griechenland, der mit einer zumächsten Prinzessin verlobt ist, findet eine gemischte Aufnahme in der französischen öffentlichen Meinung. Daher ist man ehestens für eine Thronbesteigung des Prinzen Paul. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 271.

Magdeburg, Freitag den 19. November 1920.

31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. November 1920.

Vom Mittellandkanal.

Die Frage des Mittellandkanals tritt allmählich aus dem Stadium des Erwägens und des Streitens um die Linienführung heraus und führt zum praktischen Wirken. In Magdeburg besteht seit einiger Zeit ein Kanalamt. Es ist in den früheren Geschäftsräumen des Mieteinigungsamts untergebracht. Bis jetzt sind dort außer dem Vorstand, Regierungs- und Baurat Schinkel, zwei Regierungsbaumeister und zwei Landmesser mit ihrem Bureaupersonal und technischen Hilfskräften mit den laufenden Arbeiten beschäftigt. Die Arbeiten des Kanalbauamts beziehen sich zunächst auf die Strecke des Mittellandkanals östlich der Elbe zwischen Hohenwarte und Burg. Sobald die Linienführung des eigentlichen Mittellandkanals Hannover bis Magdeburg endgültig feststeht — für die Strecke Hohenwarte bis Burg ist eine Aenderung des bestehenden Planes kaum zu erwarten —, wird das Kanalbauamt auch noch eine Strecke westlich der Elbe bis über Wolmirstedt hinaus übernehmen müssen. Für den Teil östlich der Elbe sollen, sobald die Genehmigung dazu erteilt ist, die Vorbereitungsarbeiten in Angriff genommen werden. Genaue Vermessungen müssen ausgeführt werden, Arbeiter müssen angeworben werden, Gerät und Rohle muß beschafft werden. Der Beginn dieser Arbeiten kann naitürlich noch Wochen, auch Monate hinausgezögert werden. Doch darf man hoffen, daß baldige Entschlüsse der zuständigen Stellen dies nicht nötig machen. Denn — wenn überhaupt — dann heißt es hier jetzt: **Sofort beginnen!**

Einigung zwischen den Ländern.

Wie anscheinend offiziös mitgeteilt wird, haben am Dienstag in Berlin erneute Verhandlungen zwischen den am Mittellandkanal-Projekt beteiligten Ländern, d. h. Preußen, Sachsen, Anhalt, Braunschweig, Oldenburg und Bremen, stattgefunden, mit dem Ziele, die noch vorhandenen erheblichen Meinungsverschiedenheiten über die Linienführung auszugleichen. Wie man hört, haben die Verhandlungen tatsächlich zu einer Einigung geführt, so daß der Weg für das Zustandekommen des Kanals, soweit die Länder in Frage kommen, geebnet erscheint; die Wasserstraßenverbindung West-Ost und der Anschluß des mitteldeutschen Industriegebietes bis Leipzig soll als einheitliches Unternehmen behandelt werden.

Sozialdemokratischer Verein.

Die Versammlung, die am Mittwoch stattfand und sehr gut besucht war, nahm den Geschäftsbericht und die Berichte der Delegierten vom Parteitag entgegen. Genosse Otto Winger sprach über die organisatorischen, Genosse Wör über die wirtschaftlichen Fragen. Ersterer behandelte die traurigen Erscheinungen in den linkeinstädtischen Kreisen der Arbeiterklasse, die der Gesamtarbeiterklasse eine Schlappe nach dem anderen eintragen. Wir müssen deshalb mit allen Kräften danach streben, die Einheit der Arbeiterklasse in der Sozialdemokratischen Partei wiederherzustellen. Durch unsere praktische Arbeit wirken wir Sozialdemokraten viel revolutionärer als die Radikalen mit ihren leeren Phrasen. Uns fürchten die Reaktionen viel mehr als die Schreier von links. Denn wir steuern zielbewußt und kraftvoll auf unser Ziel, den Sozialismus, los. In unserer Organisation gibt es nichts zu spitzeln, wir haben keine Geheimnisse, denn wir sind für Demokratie und gegen jede Gewalt. Die Arbeiterjugendbewegung müssen wir mit allen Kräften fördern und unsere Jugend zu tüchtigen Menschen und Sozialisten erziehen, wir werden weiter arbeiten im bisherigen Sinne.

Darauf schloß Genosse Wör die Verschiedenheit in der Auffassung der Wirtschaftspolitik bei Wiffell und Schmidt. Nicht den Kapitalismus, sondern die Arbeiterklasse müssen wir organisieren. Es gibt keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Wenn wir aus der Not der Zeit herauskommen wollen, dürfen sich die Arbeiter nicht gegenseitig an die Gurgel springen. Erfreulicherweise kehrt jetzt bei vielen Arbeitern die Einsicht zurück. Die Phrase bricht zusammen, der Unsinn wird zurückgedrängt und die Erkenntnis bricht sich Bahn, daß der Sozialismus nicht mit Gewalt über Nacht, sondern nur im jähen Ringen der Massen und durch praktische Arbeit aller schaffenden Volksgenossen kommen kann.

In der regen Aussprache wies Genosse Kästner auf die Notwendigkeit der finanziellen Stärkung der Partei hin, Genosse Fahrig trat für die Forderungen der Gemeindefunktionäre ein und Genosse Wahl propagierte die weltliche Schule. Es sprachen noch die Genossen Kahner und Schwenzel und Genosse Wörner über Frauen- und Fürsorgefragen. Die Aussprache konnte bei der Fülle des Stoffes nicht zu Ende geführt werden und soll in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Die Gehaltsbewegung der Angestellten.

Im Auftrag der drei Spitzenorganisationen der Angestellten geht uns die folgende Zuschrift zu: Die Vereinigung Magdeburger Arbeitgeberverbände hat in ihren beiden jüngsten Veröffentlichungen die Gründe dargelegt, die zur Ablehnung unserer Vorschläge auf Anruf des Einigungsamts des Kaufmanns- und Gewerbegerichts führten. Diese Gründe sind u. G. überwiegend formaler Art. Ausschlaggebend ist doch die Tatsache, daß die Angestellten-Organisationen den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses als einen Fehlspruch bezeichnen mußten, weil er in sich eine greifbare Unlogik enthält. Der Schlichtungsausschuß hält zwar eine wesentliche Verteuerung der Lebenshaltung seit dem letzten Nachtrag des Tarifvertrags „nicht für gegeben“.

„erkennt aber an, daß die Teuerung mit Rücksicht auf die lange Dauer ihres Bestehens jetzt schwerer empfunden wird als bei Festsetzung der letzten Gehaltsätze, und hält es deshalb für begründet, daß die Arbeitgeber ihren Angestellten am 1. November eine näher bezeichnete Teuerungszulage zahlen“.

Der letzte Teil des Schiedspruchs ist eine glatte Anerkennung der Gründe, aus denen heraus die Angestellten mit ihren jüngsten Forderungen an die Arbeitgeber herantreten sind. Unter diesen Umständen wird es kaum verwunderlich erscheinen, wenn weiteste Kreise der Angestellten dem Magdeburger Schlichtungsausschuß mit recht eigenartigen Gefühlen gegenübersehen und nach einer weiteren dringlichen Schlichtungsmöglichkeit verlangten. Als hierzu geeignet erschien das Einigungsamt des Kaufmanns- und Gewerbegerichts auch um demselben, als sein Vorsitzender weder den Arbeitgeber- noch den Arbeitnehmer-

kreisen nahesteht oder gar entstammt, während die jetzigen Vorsitzenden und auch der jetzige Vorsitzende des Schlichtungsausschusses den Kreisen der Arbeitgeber angehört bzw. aus ihnen hervorgegangen sind.

Ihr Angebot stellen die Arbeitgeber als über den Schiedspruch hinausgehend hin. Ganz abgesehen davon, daß letzteres in vielen Fällen nicht den Tatsachen entspricht — so gegenüber kinderreichen, verheirateten Angestellten —, mußte die angebotene Teuerungszulage wegen ihrer allgemeinen Ungültigkeit abgelehnt werden. Für die Begründung dieser Ablehnung sprechen am besten die von den Arbeitgebern angebotenen Tarifverhältnisse Mitteldeutschlands. Nachstehender Vergleich der Gehaltsätze für die kaufmännische Tätigkeit — für die technische Tätigkeit treffen ähnliche Vergleichsverhältnisse zu — bietet jedem Mann die Möglichkeit zu eigenem Urteil. Es werden gezahlt:

Einzelhandel Gruppe 2	Anhalt Gruppe 2 und 3	Erfurt	Saale	Wittenberg	Magdeburg	
Alter 20 Jahre	490	—	580	740	—	620
21	510	—	610	780	650	620
22	530	600	645	820	675	620
23	550	630	680	860	700	620
24	575	660	720	900	725	620
25	600	690	750	940	750	620
26	625	715	780	980	775	620
27	650	740	810	1020	800	620
28	675	765	840	1060	825	620
29	700	790	870	1100	850	620
30	725	815	900	1140	875	620

Großhandel Gruppe 2	Anhalt Gruppe 2 und 3	Erfurt	Saale	Wittenberg	Magdeburg	
Alter 20 Jahre	490	—	620	650	650	470
21	510	—	655	700	675	620
22	530	600	700	750	700	620
23	550	630	740	800	725	620
24	575	660	780	850	750	620
25	600	690	825	900	775	620
26	625	715	870	950	800	620
27	650	740	915	1000	825	620
28	675	765	960	1050	850	620
29	700	790	1010	1100	875	620
30	725	815	1065	1150	900	620

Industrie: 2 Gruppen:

Alter	Anhalt u. höchste	Erfurt u. höchste	Saale u. höchste	Wittenberg u. höchste	Magdeburg u. höchste	
20	700	680	850	880	570	—
21	730	720	900	930	600	—
22	760	760	950	980	630	950
23	790	800	1000	1030	660	950
24	820	840	1050	1080	690	950
25	850	880	1100	1130	720	950
26	880	910	1150	1180	750	950
27	910	940	1200	1230	780	1200
28	940	970	1250	1280	810	1200
29	970	1000	1300	1330	840	1200
30	1000	1030	1350	1380	870	1200

Sonderzulagen werden außer obigen Tariffähigen gewährt: in Anhalt: Einzel- und Großhandel: Verheiratetenzulage 110 Mark monatlich. Zulage an Ledige, deren Eltern nicht am Ort oder in Vororten wohnen: 50 Mark monatlich. Kinderzulage: 30 Mark monatlich. Industrie: Verheiratetenzulage 90 Mark, Kinderzulage 45 Mark; in Erfurt: die im Oktober durch Schiedspruch festgelegten Sätze haben rückwirkende Kraft für Verheiratete zum 1. August, für Ledige zum 1. September 1920; in Wittenberg: Verheiratetenzulage 80 Mark, Zulage für Verheiratete mit Kindern 100 Mark monatlich; in Saale und Magdeburg: keine Sonderzulagen. In Anhalt enthalten die Gruppen 2 und 3 die in Magdeburg in Gruppe 2 eingegliederten Beschäftigungsarten.

Selbst unter Hinzurechnung der von den Arbeitgebern angebotenen Teuerungszulagen von 50 Mark für 18- bis 20-jährige, 30 Mark für 20- bis 25-jährige und 120 Mark für über 25-jährige Angestellte werden nur teilweise anderwärts übliche Sätze erreicht oder überbunden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Teuerungszulagen in der Großstadt Magdeburg sich wesentlich nachteilhaft unterscheiden von denen in den anhaltischen Kleinstädten, in Liebenwerda, Wittenberg usw. Außerdem sind die obigen Sätze wegen Ungültigkeit teils bereits gefündigt wie z. B. in Erfurt. Noch mehr zuungunsten Magdeburgs würde das Zahlenbild beleuchtet, wenn die Gehaltsätze der sonst in der Provinz Sachsen dominierenden großen Wirtschaftszweige wie Braunkohlenbergbau, Kali- und chemische Industrie zum Vergleich herangezogen würden. Einige sozialbedenkliche Arbeitgeber Magdeburgs haben bereits den zeitlichen Verhältnissen Rechnung tragende Zulagen aus freiem Willen heraus ihren Angestellten gemacht, ein Beleg schließlich dafür, daß das Arbeitgeberangebot nicht als äußerste Grenze dessen angesehen werden kann, was die allgemeine wirtschaftliche Lage zu tragen gestattet.

Nachdem die Angestelltenverbände vergebens versucht haben, die Gehaltsfrage mit Hilfe einer örtlichen Schlichtungsstelle aus der Welt zu schaffen, haben sie nunmehr das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung zwischen den Parteien anzufragen. Die Angestelltenverbände sind sich eben der Verantwortung bewußt, die ihnen ein wirtschaftlicher Kampf der gesamten Angestelltenchaft mit dem Arbeitgeberum Magdeburgs auferlegt und deshalb unternehmen sie das letzte, um auf dem Verhandlungsweg den Angestellten zu ihrem Rechte zu verhelfen. Verharren aber die Arbeitgeber vor dem Reichsarbeitsministerium ebenfalls in der Verneinung, dann mögen sie auch die Verantwortung für die kommenden Dinge tragen.

Magdeburger Arbeiter-Sängerchor.

Am Montag den 29. November gelangen, gemeinsam mit dem Magdeburger Damenchor, Frau von Florentin-Weber vom Stadttheater, dem Philharmonischen Orchester Mendelssohns Chorwerk „Voreleh“ sowie Gläffers „Helatoncheiren“ unter Wilk Neulings Leitung zur Aufführung.

Die „Helatoncheiren“ nach der Dichtung Karl Weifers von Ernst G. Gläffer für Bariton, Männer-, Frauen- und gemischten Chor mit Orchesterbegleitung komponiert, erleben in Magdeburg ihre Erstaufführung.

Die Helatoncheiren waren nach der griechischen Göttersage drei zur Gesangenschaft im tiefsten Erdinnern verurteilte Riesen mit hundert Händen und fünfzig Köpfen, die später zur Hilfe im Kampfe der Götter gegen die Titanen an Licht geholt wurden. Die Deutung auf die arbeitende unterdrückte Masse des Proletariats und seine einstige Erhebung gegen den Uebermut der Machthaber ist nicht schwer, und Karl Weifer hat es verstanden, in wunderbar plastisch poetischen Bildern das Leben und Wehen des Volkes und das endliche Siegen der unermüdblich Ringenden zu schildern. Dieser Text schreit geradezu nach musikalischer Vertiefung. Dem geistvollen Komponisten Gläffer, der vor Jahren auch in Magdeburg als Musiklehrer wirkte, ist es gelungen, auf das Fundament des Weiferschen Gedichts ein großartiges Werk aufzubauen, das eine ergreifende, ungewöhnlich tiefgehende Wirkung ausübt.

Die Orchesterbegleitung geht in technischer Hinsicht die Wege unserer heutigen Programmmusik; wir hören die Hammerpochen, den Amboss klingen, die Maschinenrollen stampfen, die Ketten bröhlen, die Mühlen klappern, die Erdschollen fallen, die emsig schwebenden Federn rascheln; ja, die Kunst der Instrumentation ist so meisterhaft, daß wir zuweilen die bewegten Maschinen und die arbeitenden Personen zu sehen glauben.

Der musikalisch-thematische Aufbau steht unter der Herrschaft eines kurzen, aber gerade deswegen sehr eindringlichen Leitmotivs. Die erzählende Baritonstimme paßt sich in ihrer Melodieführung vielfach dem Leitmotiv an und bereitet jedesmal „den seltsamen Segen“ des Chores vor. Der erste, ein Männerchor, schildert uns, wie die Helatoncheiren die Mühseligkeit der Zeit zum Kampfe für das Recht schmieden; der zweite, ein Frauenchor, singt vom Wehen des roten Meides; der dritte, wieder ein Männerchor, vom Schärfen des Schwertes zur Befreiung. Immer mehr steigert sich der Gesang, bis er in der letzten Gruppe zur höchsten Entfaltung gelangt. Alle Stimmen vereinigen sich; siegesgewiß und jubelnd ertönt es aus hinstreichender Kraft:

Frei soll er stehen
Der Tempel des Rechts,
Auf dessen Höhe
Der Liebe Fahnen wehen
Und der Brüderlichkeit!

Nicht nur der Musiker, den der wunderbolle Aufbau der Komposition entzückt, nein, auch der Proletarier, der diesen Klängen gelauscht hat, wird die Empfindung nach Hause tragen, daß hier ein Werk vollendet wurde, das des arbeitenden Volkes innerste Seelenregungen, sein Seufzen und Klagen, sein Sehnen und Hoffen, sein Kämpfen und die Gewißheit des endlichen Sieges in leidenschaftlicher Weise zu hinstreichendem Ausdruck bringt.

Preise und Löhne.

Die stehende Redensart „Es kann nicht so weitergehen, wir müssen zu einer Gesundung unserer Geldverhältnisse kommen,“ findet fast ohne Ausnahme die Fortsetzung in dem Satz: „Die Löhne müssen abgebaut werden.“ Der bequemste Weg wäre dies allerdings, und hier und dort glaubte man ihn bereits beschreiten zu können, jedoch nur, um einzusehen zu müssen, daß man in eine Sackgasse geraten war. Der heutige Widerstand, den die vom Lohnabbau Betroffenen leisten, wurzelt keineswegs im Egoismus und im Bewußtsein der zahlenmäßigen Ueberlegenheit, sondern dieser Widerstand erhält aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus immer neue Nahrung.

Wie sehr der oberflächliche Betrachter geneigt ist, Ursache und Wirkung und deren ewiges Wechselspiel zu verkennen, wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß er die Steigerung der Löhne zur Ursache der Preissteigerung macht, die dann wieder zur Lohnsteigerung, diese wieder zur Preissteigerung führt und so fort im unaufhörlichen Zueinandergerissen wie die Glieder einer Kette ohne Ende. Um Ursache und Wirkung von ihren vertauschten an ihre ursprünglichen Plätze zurückzuführen, dazu braucht es keiner langen historisch gefärbten volkswirtschaftlichen Betrachtung. Es genügt folgende Gegenüberstellung:

Solz stieg vom Oktober 1918 von 24 Mark bis zu 350 Mark im Oktober 1920, also um 1500 Prozent.
Die Höchstlöhne in der Holzbranche in derselben Zeit um 0,45 Mark auf 5,25 Mark, also um rund 1200 Prozent.
Roheisen in der obigen Zeit von 78 auf 1894 Mark, also um 2400 Prozent.
Die Höchstlöhne in der Metallbranche von 0,52 auf 5 Mark, also um rund 1000 Prozent.

Die weitere Gegenüberstellung von Steigerungen (in der obigen Zeit) von Kartoffeln um 1100 Prozent, Brot um 900 Prozent, Fleisch um 2000 und 2500 Prozent, und dann die Lohnsteigerung von durchschnittlich 1200 Prozent kann den oben erhaltenen Eindruck nur verstärken. Die jedermann nur allzu bekannte Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte wird mehr als häufig mit der Preissteigerung des Kaubüdingesalzes begründet. Und was ergibt die Nachforschung? 40prozentiges Kaubüdingesalz stieg vom Oktober 1918 bis Oktober 1920 von 8,20 auf 38,80 Mark, 41prozentiges und 42prozentiges von 8,35 und 6,51 Mark auf 39,77 und 40,77 Mark, also um das Sechsfache, während die landwirtschaftlichen Erzeugnisse (mit Ausnahme der der Zwangswirtschaft unterliegenden) um das Zwanzigfache gestiegen sind.

Die Forderung „Vor dem Lohnabbau erst den Preisabbau“ muß nun nicht mehr nur begrifflich erscheinen, sondern als eine der ersten Aufgaben der Gegenwart jedem klar werden.

— Sozialdemokratischer Verein. Die Budauer Genossen halten am Sonnabend den 20. November in „Friedrichsplatz“, Leipziger Straße 52, ihr Bezirkssberagnis ab. Die Arbeiterlanger aus Budau und Arbeiterjugend verköhren das Fest. Die Budauer Parteigenossen und -genossinnen sind hierzu eingeladen.

— Abstimmungsberichtigte Oberflächler! Der Abstimmungsbericht rückt immer näher. Die letzten Pressenachrichten besagen, daß die Abstimmung im ersten Monat des kommenden Jahres stattfinden soll. Alle Papiere müssen in Ordnung sein. Sämtliche Magdeburger Stimmberechtigten haben in den letzten Tagen Bestätigungsarten, daß sie in der Abstimmungsliste notiert sind, durch die Ortsgruppe bekommen. Diejenigen, die keine erhalten haben, müssen sich nochmals sofort auf dem Bureau, Geddesstraße 12, melden. Nur ordnungsmäßige Papiere berechtigen zur Wahl. Stimmberechtigte, verläßt die Heimat nicht!

— Beamten-Verbandsauschuß. Der am Freitag den 19. November in der Doppelklasse der Augustaschule (Eingang Franzosenstraße) stattfindende Vortrag des Genossen Hennberg über Einführung in die sozialistische Weltanschauung soll dem Verein auch neue Beamtengenossen zuführen. Die Parteigenossen aus den Staats- und Gemeindebetrieben sollen vollzählig erscheinen und Bekannte und Frauen mitbringen.

— Zur Lohnbewegung im Schuhmacherhandwerk. Am 6. Juli wurde vom hiesigen Schlichtungsausschuß der Schuhmachergesellen eine 20prozentige Lohnsteigerung angefordert. Der Stundenlohn erhöhte sich somit auf 3,60 und 3,90 Mark. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedspruch ab, die Arbeitnehmer jedoch nahmen ihn an. Die Verbandsleitung beantragte beim Demobilisierungsausschuß die Rechtsverbindlichkeit. Ihr erging es genau wie andern Organisationen, die auch schon den Demobilisierungskommissar in Anspruch nehmen mußten. Erst nach 16 Wochen hatte der Kommissar die schwere Frage gelöst und lehnte die Rechtsverbindlichkeit ab. Die gut besuchte öffentliche Schuhmacherversammlung am 16. November kritisierte scharf das Verhalten des Demobilisierungskommissars und kam zu der Auffassung, daß durch ein solches Verhalten das Schlichtungswesen wertlos werde. Weiter wurde die neu eingereichte Forderung gutgeheißen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, bei den Verhandlungen an den Forderungen festzuhalten. Es wurde beschloßen, am Sonnabend den 20. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Vürgerhaus“ den Bericht der Lohnkommission entgegenzunehmen.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 271.

Magdeburg, Freitag den 19. November 1920.

31. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die steigende Konjunktur einiger Industrien, die im Vormonat unerwartet einsetzte, hielt auch im Berichtsmonat an. Wenn trotzdem keine erhebliche Besserung des gesamten Arbeitsmarktes eintrat, so ist dies darauf zurückzuführen, daß der Arbeitsmarkt infolge der Heeresverminderung durch die entlassenen Reichswehrsoldaten erheblich belastet wurde. Immerhin ist ein erfreulicher Rückgang der Erwerbslosen-Unterstützungsempfänger festzustellen. Es bezogen Erwerbslosenunterstützung im Regierungsbezirk Magdeburg 3867 Erwerbslose (gegenüber 3447 im Vormonat), im Bezirk Merseburg 270 Erwerbslose (492), im Bezirk Erfurt 1088 Erwerbslose (1555), im Freistaat Anhalt 138 Erwerbslose (20).

Der Landwirtschaft wurden die für die Kartoffel- und Rübenanbau benötigten Arbeitskräfte gestellt. Ungeändert blieb die bisher der Bedarf an ledigen Söhnen und Mägden. Die Wanderarbeiter und -arbeiterinnen verließen mit Beendigung der Sommerarbeit ordnungsmäßig unter Einhaltung der Abfuhrpflicht ihre Arbeitsstellen. Wohnungsschwierigkeiten machten eine Dreifacharbeit in den Zuckerrübenfabriken leider unmöglich, so daß die Zweifacharbeit mit Überstunden genehmigt werden mußte. Die Vermittlungstätigkeit für den Bergbau war hauptsächlich auf den Ersatz auscheidender Arbeitskräfte beschränkt. Im Braunkohlenbergbau erfolgten in geringem Maße Beschäftigungserhöhungen. Im Kalkbergbau fehlten dauernd gelernte Häuer. Die Abfuhrleistung der Steinindustrie bestand fort. Ein Minderwerden des Landesarbeiters, in dem die Beschäftigten der Steinindustrie unter Hinweis auf die zunehmende Arbeitslosigkeit aufgefordert wurden, den Steinbruchbetrieblen unter Zuhilfenahme von Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge Aufträge zu erteilen, hatte keinen Erfolg. Auch die Kalkmergereien litten wegen Mangels an Aufträgen darunter. Die Metallindustrie war wegen Rohstoffmangels verschiedentlich zur Kurzarbeit gezwungen. Gut beschäftigt war die Maschinen- und Werkzeugindustrie. Die bedrohliche Lage der Textilindustrie wendete sich zum Besseren. Die chemische Industrie war aufnahmefähig für Arbeitskräfte, ebenso die Textilindustrie, die infolge guten Geschäftsganges der Konfektionsbranche über ausreichende Aufträge verfügte. In der Holzindustrie wurden Tischler, insbesondere Möbelschleifer, verlangt. Vermittlungen von Wäldern und Fleischern erfolgten häufiger als im Vormonat; das Angebot überstieg aber die Nachfrage. Der Beschäftigungsgrad der Tabakindustrie war im allgemeinen zufriedenstellend. Die Lage der Schuhindustrie verbesserte sich so, daß der Bedarf an Arbeitskräften nicht völlig gedeckt werden konnte. Die Nachfrage nach Schneidern, Friseurern und Friseurinnen war größer als das Angebot. Im graphischen Gewerbe zeigte sich ein Rückgang der Beschäftigten und eine Zunahme der offenen Stellen. Die Bauwirtschaft war infolge des anhaltenden guten Wetters lebhaft. Die Arbeitslosigkeit unter den Gastwirtschaftsgehilfen wurde wegen Aufgabe der Sommerstellungen größer. Auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkt herrschte starke Nachfrage nach jüngeren Kaufleuten, Verkäufern für Delikatessgeschäfte, Stenotypisten und Stenotypistinnen. Unerfreulich war die starke Zunahme der arbeitssuchenden ungelehrten Arbeiter.

Das Weimar der arbeitenden Jugend.

Der erste Reichsjugendtag der Arbeiterjugend, der vom 28. bis 30. August in Weimar abgehalten wurde, gestaltete sich für die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung zu einem geschichtlichen Ereignis von höchster Bedeutung. Wenn jemals auf eine Arbeitertagung der Ausspruch, daß sie ein Markstein in der Geschichte war, mit voller Berechtigung angewandt werden konnte, dann auf den Weimarer Reichsjugendtag. Die älteren Parteigenossen, die Gäste der Jugend waren, sahen mit echter Freude im Herzen, daß hier eine neue Bahn beschritten wurde, die zum Sozialismus führt; daß hier alte Hoffnungen und Ideale verwirklicht wurden.

Der Hauptvorstoß des Verbandes der Arbeiter-Jugendvereine hat in rechter Würdigung des Reichsjugendtags beschlossen, ein Buch, das Niederschriften und Bilder von dieser Veranstaltung

enthält, herauszugeben. Das Buch ist festgebunden und wird demnächst erscheinen. Es ist bestellt:

Das Weimar der arbeitenden Jugend Deutschlands.

Das Buch erscheint mit 96 Seiten Text und 8 Seiten Bildern auf Kunstdruckpapier (Autotypien nach photographischen Aufnahmen), der Text ist außerdem mit Zeichnungen versehen. Das Buch ist sicher eines der interessantesten der ganzen Arbeiterliteratur. Es ist ein Dokument des kulturellen Aufstiegs der Arbeiterjugend, das bleibenden Wert haben wird. Das Buch ist von keinem Berufschriftsteller geschrieben, sondern eine gemeinsame Arbeit junger begabter Arbeiter und Arbeiterinnen. Es spricht und leuchtet aus den Blättern von unerschöpflicher geistiger Kraft.

Das Weimarbuch der Arbeiterjugend darf in keiner Arbeiterbibliothek, aber auch in keiner Arbeiterfamilie fehlen. Alle Arbeiterorganisationen sollten es sich aneignen lassen, für weitestgehende Verbreitung des Buches mitzuwirken. Es wird gerade die neuen Kulturbestrebungen der Arbeiterjugend auf außerordentlich fördernde und für alle Zweige der Arbeiterjugendbewegung und -pflege ein Mittel der Anfeuerung, Belehrung und Führung sein.

Das Buch ist ein Geschenk im besten Sinne. Es wird für junge Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem Jahre das Weihnachtsgeschenk sein. Der Preis beträgt im Buchhandel 10 Mark, Arbeiterorganisationen erhalten bei Abnahme mehrerer Exemplare hohen Rabatt. Bestellungen sind zu richten an den Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugendvereine im Bezirk Mittelelbe, Magdeburg, Große Mühlstraße 8, 2 Tr. —

Kreis Wangleben.

Groß-Otterleben, 18. November. (Volkshochschule.) Heute, Donnerstag, abend Vortrag über Neuter (Lehrer Katerberg).

Klein-Wangleben, 18. November. (Sozialdemokratischer Verein.) In der Versammlung wurde die letzte Quartalsabrechnung, die Mittelverrechnung und die Verteilung zur Flugblattverteilung bekanntgegeben. Aus der Versammlung heraus wurde beantragt, eine neue Versammlung zu veranstalten, in der der Besondere Bericht über den Parteitag erstattet soll. Ein Bildungsausschuß wurde eingesetzt, um die Winterabende im Interesse aller gut auszunutzen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß in Wangleben Rednerkurse eingerichtet werden, und fordert zu reger Beteiligung auf. Nach einer Aussprache über die bevorstehenden Kirchenvahlen, woran sich jeder, der nicht aus der Kirche ausgetreten ist, beteiligen muß, folgte die Verichterstattung über die Tätigkeit der Wohnungskommission. Die Disziplin der S. P. D. hatte sich dem Mehrheitsbeschluss der Funktionäre gefügt und keine Arbeitsruhe für den 9. November proklamiert, um den Gegnern nicht wieder eine Beschäftigung der Arbeiterjugend zu zeigen. Nachdem die Fabrikarbeiter durch ihre Funktionäre die Unmöglichkeit des Stilllegens am 9. November herbeigeführt hatten, stimmten die Vertreter der U. S. P. für diesen Antrag. Andere Genossen in der Leitung haben sich Kritik an diesen Beschlüssen der Vertrauensmänner gehalten. Wenn nun trotzdem den Arbeitgebern gesagt wurde, daß sich die Arbeiterjugend nicht einmal am Erinnerungstag der Revolution einig ist, so weisen wir die Schuld daran weit von uns. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Dahlensleben, 18. November. (Eine lebhaft besuchte Kundgebung) fand bei der Gemeinde-Neuverhandlung statt. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde ein Beschluss dahin gefasst, daß jeder nur an Einwohner, die nicht im Besitz von eigenem Nach- oder Nebengrundstück sind, verpachtet werden soll. Dieser Beschluss ist selbstverständlich bei den Bauern große Entrüstung hervorgerufen. Die Bauern erklärten sich auch die gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter mit diesem Beschluss einverstanden. Anstatt mit ihren Klassen Genossen, den Industriearbeitern, zu gehen, verhängen die Landarbeiter im Grunde mit den Bürgerlichen über ihre Klassen Genossen einen Boykott, in dem sie einen Beschluss fassen, für die Industriearbeiter weder Holz noch Kohlen zu holen, noch ihren Acker zu pflügen. Landarbeiter, bedenkt, daß ihr durch euer Verhalten die Reaktionskräfte unterstützt. Macht den Beschluss rückgängig und erklärt euch mit euren Klassen Genossen solidarisch. —

Ausleben, 18. November. (Eine Versammlung der Interessierten) von Partei- und Kirchenarbeitern

im Thormerischen Lokal statt, um eine Aussprache über die Rechtsverhältnisse herbeizuführen und Stellung zu nehmen zu dem vom Kirchenvorstand herausgegebenen Bescheid auf 22 Mark. Genosse Schirmer von der Arbeiterkommission leitete die Verhandlungen. Nach langer Aussprache einigte man sich endlich auf den Bescheid von 170 Mark für den Morgen. — Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand statt. Es wurde beschlossen, sich an der im Januar stattfindenden Kirchenvorstandswahl zu beteiligen. Es ist Pflicht der Genossen, sich bis zum 28. November bei dem Kirchenvorstand in die Wählerliste eintragen zu lassen. Gemeindevorsteher Genosse Kötter wies auf den Ernst der Zeit hin und machte verschiedene wichtige Mitteilungen, die bei den Mitgliedern lebhaftes Interesse erweckten. — In der Gemeindevorstandssitzung wurde beschlossen, die Grundsteuer von 850 Prozent auf 1000 Prozent zu erhöhen. Der Vorschlag 1920/21 wurde einstimmig genehmigt. Der Etat stellt sich im Gesamten und Ausgabe auf 114 000 Mark. Das Gehalt des Ortssteuererhebers Genossen Klotz, der Kriegsschädigter ist, wird auf 800 Mark erhöht. Es ist unsern Gemeindevorsteher und unsern Genossen in der Gemeindevorstandssitzung gelungen, fast alle Kriegsschädigten unterzubringen und ihnen leichte Arbeit zu verschaffen. So mühte in allen Gemeindevorständen für die Kriegsschädigten eingetreten werden. Ferner wurde beschlossen, eine Pumpe am Gemeindevorstand anbringen zu lassen, was die Einwohner sehr begrüßen werden, da der Brunnen fast der ganzen Gemeinde Nachwasser liefert. Zum Schluß wurden noch Armenbesuchen erörtert. — Eine große Kundgebung für unsere Partei war die Revolutionsfeier des Sozialdemokratischen Vereins. Der Saal war überfüllt. Der Vorsitzende, Genosse Schwabenberg, wies auf die Bedeutung des 9. November hin. Seine kernigen Worte klangen aus in die erste Wohnung zur Einigkeit und zur Verbarmung für die Sozialdemokratische Partei und zur weitesten Verbreitung unserer Partei, der „Volksstimme“. Die dann von Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins aufgeführten zeitensprechenden Chortexte erzielten reichen Beifall. —

Elben, 18. November. (Zu den Kirchenvorstandswahlen) liegt die Wählerliste beim Pastor Niemann aus. Die Wahlberechtigten müssen sich persönlich bis zum 21. November melden. Es gilt Arbeitervertreter in die Kirchenvorstandswahl hineinzubekommen. —

Sandwies, 18. November. (Kirchliches.) Die bevorstehenden Wahlen zu den kirchlichen Körperschaften scheinen in gewissen Kreisen allerlei Vermutungen zu bewachen. Man befürchtet offenbar unermesslichen sozialdemokratischen Einfluß in die kirchlichen Verordnungen. Aus diesem Grunde hat man es wohl unterlassen, die Aufzählung zur Eintragung in die Wählerliste in der üblichen Weise ergeben zu lassen. Man nimmt wohl die Kirchensteuer aus allen Kreisen der Gemeinde, möchte aber die Verwaltung der Kirchensachen gelegentlich nur bevorzugten Personen anvertrauen. Die jetzige Verwaltung scheint Absicht sehr getrieben zu sein. Man hat, daß über 10 000 Mark für Ungehöriges, Reparaturen und dergleichen bewilligt worden sind, eine immens große Summe, deren Ausbringung doch alle der Kirchengemeinde angebrachten Nutzen übersteigt und über deren Höhe die Herren im kirchlichen Kirchenvorstand wenigstens Erwägungen angestellt haben sollten. Eine Vertagung, die so notwendig über öffentliche Gelder verfügt, sollte doch wenigstens den Gehalt des Vorstands, als ob sie von einer anderen Zusammensetzung unannehmlich sein sollte. —

Kreis Zerbst 1 und 2.

Walden, 18. November. (Sozialdemokratischer Verein.) Die letzten Kundgebung bei der die Wahl eines Ausschusses notwendig gemacht. Daraus ersichtlich ist, daß der Ausschuss bei der in Frage stehenden Wahl der Stimmung und Zusammensetzung der Gemeindevorstände dieses Ausschusses Rechnung trägt, die sich in allen zugehörigen Orten vornehmlich auf Sozialdemokraten zusammensetzt. Die Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Gemeindevorsteher, Schaffner und Gemeindevorsteher kann nicht mit einem Manne zusammenarbeiten, der, wie der jetzige Ausschussvorsitzende Stellvertreter, entgegen den Beschlüssen der Gemeindevorstände in seiner Eigenschaft als Ausschussvorsitzender für einen Verein Waffen beschafft und sich bei der Mehrheit der Bevölkerung unbeliebt gemacht hat. Das Benehmen zweier demokratischer Sitzen, die doch auf Grund ihrer

Die tanzende Familie Holberbusch.

Ein Volksroman aus Oesterreich von Johannes Thummerer.

(65. Fortsetzung.)

Wie ein Vogelneß lag das Obsthändlers zwischen den Bäumen. Es gehörte einem Obsthändler, der es sommerüber mit Frau und Kind bewohnte. Eine kleine Stube hatte er Hagenau und seiner Frau überlassen. So konnte die junge Frau des Arbeiters leben wie in einer Sommerfrische. Bei schönem Wetter saß sie den ganzen Tag auf der Bretterbank vor dem Häuschen, um das sich rings um den Wiesenboden Wespel und Biene, nach dem Sorten geordnet, in pyramidenartigen Haufen aufstapelten, oder sie ging in den nahen Wirtswald. Die beiden Kinder des Obsthändlers, ein Junge und ein Mädchen von drei und fünf Jahren, waren fast immer bei ihr. Sie waren auch fast verwaist ohne die junge Frau; denn der Obsthändler war viel damit beschäftigt, das reife Obst von den Bäumen abzunehmen, und seine Frau fuhr es auf einem kleinen Viehwagen in die Stadt zu ihrer Kundschaft. Manchmal lud sie die beiden Kinder mit auf den Wagen, dann war Frau Hagenau allein und fühlte sich als die Herrin der Natur rings um sie her.

Für sie war dies Leben eine völlig neue Welt. Ihre Jugend war in den engen Mauern der Großstadt, in Fabriken und Bins-lafernen eingepfercht gewesen, nun in der reinen, rauchfreien Landluft lebte sie auf. Ihr runder, schmales Gesicht, um das sich flach und bescheiden die blonden Haare wickelten, eine feine Nase zu durchziehen, ihre etwas vorgeneigte, gleichschamige, schmalbrüstige Gestalt gewann nämlich Festigkeit und Fülle, und ihr ganzes Wesen bekam, zumal auch im Verkehr mit den Kindern des Obsthändlers, etwas Mütterliches, eine sanfte, sinnende Zärtlichkeit, die ihr, der armen, krankten, norddeutsch-küsten Fabrikarbeiterin, in der erst nur die jämmerliche Liebe zu Hagenau ein waches geistiges Wachstum aus Trübsinn und Dummheit heraus bewirkt hatte, vordem fremd gewesen war.

In letzter Zeit war sie innerlich so sehr erkrankt, daß sie längst nicht mehr der Marke gleich, die demütig und still von seiner Kraft sich nähren, an Hagenau emporkam. In der stillen Ruhe dieser Sommerstage war das Besondere ihres Wesens mehr und mehr zur Reife gelangt. Von Hagenau an geistige Interessen gewöhnt, dabei ihm in wachsender Liebe zugetan, hätte sie es gern gesehen, wenn all seine Gedanken und Pläne nur ihr gegolten hätten und wenn der Schaulust seiner schwärmerischen Worte nur ihre enge, arme, laubumrauschte Wohnstube gewesen wäre. Sie schaute sich hinein in ein stilles, kleines, mauerlos beschattetes Besamensein zu Haus, er sah hinaus in Un-möglichkeit, in ein großes, starkes Glück. Fast bildeten sich diese Reigungen zu einem Gegenpaar heraus und fanden ihren Ausgleich nur, wenn Hagenau spät abends nach erfolgreicher Arbeit

tätigkeit unter seinen Kameraden glücklich-zufrieden heimkehrte und sie, da er sie umfalte, seine Seligsucht nach ihm erfüllt fand. Dann war ihm ein Kuß von ihr die Krone seiner Erfolge und für sie seine Nähe die Erfüllung langen vergeblichen Sehens. Und sie war dann vielleicht glücklichster noch als er; denn sie bedachte dann oft in einem fast kindlich-glücklichen Wahne: Nun hatte er sie alle, die um ihn waren und als deren Früchte berechnen, aufgegeben und stehen gelassen und war es ihr zurückgekehrt. Auf für Tag wiederholte sich bei ihnen dies Spiel des Sich-zurennens und Sich-findens und war für beide stets neu und ereignisreich.

Hagenau hatte der jungen Frau nichts von dem bevorstehenden Besuch Germinens gesagt. Er kannte sie zu gut, wußte, sie würde dem Mädel von ihrem Glück erzählen und ihm so ahnungslos die kindliche Verliebtheit aus dem Kopfe scheuchen. Gleich nach dem Mittagessen ging er fort in eine Arbeiterver-sammlung.

Der Sonntag war hell und sonnigwarm. Blaues Himmel hing über dem Obstfeld; lustig flatterte das rote Fähnchen, das Hagenau auf dem Dache der Obsthütte angebracht hatte, im lauen Winde. Der Obsthändler war mit seinem Weib und den Kindern in die Stadt gegangen; so war Frau Hagenau ganz allein zurückgeblieben. Verjorren saß sie auf der Bank vor dem Häuschen und häfelte.

Germinne kam hoffnungsvoll und nachdenklich herzu. Sie hatte natürlich erwartet, Hagenau allein anzutreffen. Wie sie die junge Frau nach ihm fragte und diese sich als Hagenaus Gattin zu erkennen gab, so ihr erklärte, Hagenau würde erst abends nach Hause kommen, erbeichte sie. „Er hat mich doch herbeigeholt“, stammelte sie und wurde sofort, im Bewußtsein, eine Tochter begangen zu haben, feuerrot.

Frau Hagenau schielte ein wenig verwundert. Als sie Germinne auf ihre Frage hin mitteilte, daß sie „aus der Holberbusch-Gente sei“, durchschaute sie sofort den Sachverhalt. In der Holberbusch-Gente, erwar sie, eher beunruhigt als geäußert, da der-bekante doch viel ihr Mann. Vielleicht hatte ihn da das Mädel sprechen hören und sich ein wenig in ihm verlobt. . . . Und sie selber sollte nun wohl dem armen Dinge den Kopf wieder zurecht-leben. Mit fremdlichem Lächeln lud sie Germinne ein, sich neben ihr auf die Bank zu setzen und verlor sich mit ihr zu Plaudern.

In Germinne war hilflose Traurigkeit. Vielelei Entschuldigun-gen mochten in ihr auf und nieder, reigten sie, diese Frau zu lassen, die den Mann besaß, den sie selber erziehen wollte, — rieten ihr, sie demütig und still um ihr Glück zu beneiden und doch auch ge-gleich Hagenau zu gehören, der sie mied und offenbar verabschiedete. Und das Mädel, beherrschte demselbst die Oberhand in ihr. Soeben war unglücklich erzählt sie, durch Frau Hagenau immer wieder erinnert, von ihrem traurigen Leben in der Ecke und das allmählich und ganz unmerklich darauf zu sprechen, daß Hagenau in ganz anders sei als die Holberbusch-Gente, allen An-

betern gebe er Ratsschläge, was er sonst, gelte fast als Defekt, so sehr verehrt ihn seine Kameraden. „Ich glaube, sie geben ihm Recht, wenn er's will“, versicherte sie mit glänzenden Augen, und während sie sich so unverzüglich in ein schwärmerisches Lob Hagenaus verding, ward ihr plötzlich klar: Was wollte sie denn von ihm, dem alle gehorchten. Würde sie nicht froh sein, wenn er ihr ein Lächeln, ein liebes Wort schenkte, und wenn sie ihn gehorchen dürfte wie die andere?

Frau Hagenau hörte finstern zu, was Germinne ihrem Gatten lobte, und blühte still in das togenes Grün der Baumkronen. „Ja“, meinte sie, als Germinne glühend vor Eifer inuert, mit einem leisen Seufzer, „s ist mir recht und billig, daß ihm die Kameraden dankbar sind. Ich auch mich mit ihnen in Freundschaft teilen.“

Ohne es zu wollen, gab sie so den geheimen Gedanken Ger-minens recht. Oh, er darf nicht einer Frau allein gehören, dachte das Mädel schwärmerisch, alle sollen ihm gut sein, und wenn er eine haben will, so soll sie sich ihm schenken. Wie verwirren war es doch von ihr selber, ihn allein für sich zu wünschen.

Sinnend schweig sie eine Weile, weil sie das Frau Hagenau nicht zu sagen wagte. Die ihrem ihre Gedanken weiter. „Und dennoch muß ich Friedrich dankbar sein“, sagte sie schließlich. „Sehe Sie“ — sie beschrieb mit ihrer bleichen Hand einen großen Wa-gen — „all das hier hat er mir geschenkt und noch viel, viel mehr. Was wußte ich früher viel von Bäumen, vom Walde, vom Leben im Freien, Grünen. Durch ihn hab ich all das erst kennen ge-lernt, durch ihn bekam ich eine Ahnung von Bildern, von dem, was schön ist und was nicht, und überhaupt von der großen Welt. Ich liebe durch ihn, ohne ihn wäre ich nichts. Gerecht ist's nicht mit allen Männern so, aber wenn man einen wirklich liebt und es wert ist, dann beliebt einen jedes Wort und jede Verführung von ihm, und jeder Wunsch von ihm beglückt, als wäre's ein Ge-schenk.“

Germinne sah sie mit großen, bewundernden Augen an und sagte heiß: „Wer so sein könnte wie Sie.“

„Ich bin mir nicht bewußt, daß das etwas Besonderes ist“, gab Frau Hagenau zurück, „das ist einfach die Pflicht jeder Frau; eine jede muß so sein, wenn sie wahrhaft liebt.“

Germinne schwieg. Frau Hagenau mochte sie nicht hören. Sie merkte an dem verwirren Gesicht Germinens, daß das Mädel Selbstmitleid hielt. Sie wies nun keine Darbietungen mehr machen, dachte sie zufrieden. Und sie hatte damit recht. Schmerz-licher noch als selber kam Germinne ihr bisheriges Leben mit all seinen Leiden, Demütigungen und wüsten Geschehnissen zum Bewußtsein. In ihrer Hoffungslosigkeit schloß sie sich auf und umschlang wie schüchtern die junge Frau. Die Weg sie gewöh-nen und mochte sie, die über die kurzen Jahre freischend, bis sie sich ausgewirrt hatte. —

(Fortsetzung folgt)

Bildung und nach ihrem Beruf als Lehrer in unserm Bezirk etwas gelten wollen, ist darauf, daß es mit der Arbeitsgemeinschaft zwischen Sozialdemokraten und Demokraten im Kreisrat nicht in Einklang zu bringen ist. Wenn die Demokraten diese Herrschaften so weiter schalten und wahren lassen, so können sich unsere Genossen schließlich auch nicht mehr an die gegenseitigen Vereinbarungen halten. Der Kreisrat wird sich jedenfalls dem Verlangen der Mehrheit der Amtsbezirksbewohner nicht verschließen können und einen Mann zum Amtsvorsteher wählen, der von der Arbeitsgemeinschaft im Amtsbezirk in Vorschlag gebracht wird.

Kreis Queblinburg-Afcherleben-Kalbe.

Afcherleben, 18. November. (Das Wohnungsamt) hat sich im Laufe der Zeit zu einer der wichtigsten städtischen Dienststellen ausgewachsen. Seine Tätigkeit ist allseitig durch die Wohnungsnot in dem wir uns befinden. In der Liste der Wohnungsuchenden werden rund 600 Familien geführt. Davon sind viele als „dringlich“, 150 sogar als „vorbringlich“ vorgemerkt. Viele der Wohnungsuchenden wollen aus demengen ein anderweitiges Heim, weil ihnen das jetzige nicht mehr auskömmlich erscheint, weil sie Streit mit dem Hausbesitzer bekommen haben, weil Familienveränderungen eingetreten usw. Oft liegt der Wechsel der Wohnung im Interesse des Hausbesitzers und des Mieters. Hier kann einfach durch Tausch der Wohnung mit der eines Leidensgenossen geholfen werden. Häufig werden auch Wohnungen bestritten, die den jetzigen Verhältnissen nach nicht als dringend angesehen werden können. Mit dem Aufsteigen großer Wohnungen ist nicht mehr viel zu machen. Soweit schon noch eine Anzahl vorhanden, eignen sie sich aus baulichen Gründen nicht zur Aufteilung oder es würden so viel Umbaukosten entstehen, daß die Maßnahme nicht verantwortet werden kann. Wie hoch jede Wohnung eine gewisse Abgeschlossenheit, eine Küche usw. erhalten. Schwierigkeiten sind auch schon daraus entstanden, daß die Befugnisse des Wohnungsamts noch nicht ganz geklärt sind. Weisungsbefugnisse sind schon beschlagnahmt worden, aber bis jetzt noch nicht zu erlangen gewesen, weil der Besitzer die Freigabe verweigert. Es sollen jetzt energische Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, was auch nur im Allgemeininteresse und dem des Ansehens des Wohnungsamts dringlich zu wünschen ist.

Barby, 18. November. (Hohen Besuch) hatten am Sonntag die Arbeiter, die auf einem etwa 1 Kilometer von der Stadt gelegenen Ackerland gepachtet haben. Der Oberinspektor des Ritterguts suchte alle die Leute auf, um sie davon zu überzeugen, daß sie der Allgemeinheit einen großen Dienst leisten würden, wenn sie ihren Acker auf der halben Breite mit einem gleich großen Stück Rittergutsacker umtauschen würden. Anstatt nun durch solche Anlinien Pöbel zu werden und dem Herrn zu sagen, daß in unmittelbarer Nähe der Stadt doch große Flächen Rittergutsacker liegen, die für die Allgemeinheit doch viel eher nutzbringender Verwendung finden könnten, unterschrieben fast sämtliche Pächter die „Vereinstilligkeit zum Kaufhandel“. Damit durchkreuzten sie das Verlangen der Stadtverwaltung, Kleinrentenland in unmittelbarer Nähe der Stadt zu erhalten. Sie selbst aber verzichteten sich jede Möglichkeit auf Wiederpachtung ihres jetzigen Ackers, denn wenn in 2 Jahren die Pachtzeit zu Ende ist, denit das Rittergut nicht daran, ihnen den veräußerten Acker länger zu belassen. Somit jadedale Medensarten, jetzt Vertrauenslosigkeit bis zum äußersten.

Groß-Salze, 18. November. (Die Versammlung) des Sozialdemokratischen Volksvereins war gut besucht. Zur Kreisversammlung in Schönebeck wurde Genosse Focke als Delegierter gewählt. Dieser gab auch den Bericht über die letzten Stadtverordneten-Sitzungen. Darauf hielt Genosse Popken einen Vortrag über den Vorbericht, in dem er auch die persönlichen Eindrücke schilderte. Eine sehr interessante Aussprache über alle die Gemeindegewandlungen folgte. Zur Kartoffeladerfrage wurden von den Genossen Willert, Rohmann, Decker und Schöne Anfragen gestellt, die durch den Vorstehenden, Genossen Michaelis, ihre Klärung fanden. Für die Prüfung des Ausschusses eines Wohlstands wurde eine Kommission aus den Genossen Otto Schröder und Fritz Weber gewählt. Ferner wurde über Wohnungsmangel und über die Zustände im Krankenhaus gesprochen, wobei die Genossen Schönan, Sandring und Decker, letzterer als Vorstehender der Decker-Kommission, berichteten. Interessant waren auch die verschiedenen Ansichten über den Schwammentisch. Genossin Küdert fragt an, wie es mit der Stiftung des Geheimrats Alendorff stünde, da doch ein Fonds zum Bau eines Krankenhauses bestünde. In der nächsten Versammlung wird darüber berichtet werden. Eine lebhaftige Aussprache entspann sich noch über Spielplätze und Kinderhort. Da sich eine Bezirksgruppe in Salze gebildet hat, wird von dem Genossen Michaelis tatkräftige Unterstützung der Jugendbewegung empfohlen. Er forderte auch zur Teilnahme der Kinder am Moralunterricht auf.

Schönebeck, 18. November. (Für die Deutsche Kinderhilfe.) die im Sinne der Americanische gehalten werden soll, hat sich auch in unserer Stadt ein Wohlfahrtsausschuß gebildet und die Arbeiten in Angriff genommen. Von der Stadt sind in den Ausschuß entsetzt Stadtrat Obermann als Leiter und Genosse Hoher, der der Säuglingsfürsorgekommission angehört. Sekretär der Gewerkschaften und der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie nahmen ebenfalls an den Beratungen teil. Bei der großen Not der Kinder ist es dringend notwendig, daß diese wohltätige Sammlung in allen Kreisen Unterstützung findet. Die Sammlungen nehmen am 28. November ihren Anfang.

Der Grillenzampf des Anstaltspersonals.

Seit August sind Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrags für das Personal der Heilanstalten in Anhalt im Gange. Die ersten Verhandlungen mußten immer wieder abgebrochen werden, weil der Vertreter des Arbeitgeberverbandes angeblich keine Vollmacht habe und auch die Verhandlungen für die Provinz Sachsen abgemauert werden mußten. Inzwischen ist die berühmte Besoldungsreform geschaffen worden. Mit allen Mitteln wurde nun versucht, fast das gesamte Personal unter die Besoldungsreform zu bringen. Dilettantisch sollte sich das Personal dieser Reform unterwerfen, obwohl es sich um einen großen Teil nichtbeamteten Personals handelt und es auch infolge der geringen Entlohnung nur vorübergehende Beschäftigung nimmt, so daß nur wenige einmal Aussicht haben, Beamtenangehörigkeit zu erlangen. Aus diesem Grunde hat sich das Personal in den Heilanstalten des Freistaats Anhalt auf den Standpunkt gestellt, daß es bei dem früheren Modus der Tarifverträge zu bleiben hat. Mit der Einführung der Beamtenangehörigkeit, welche etwa 7 Jahre dauern soll, will man weiter nichts erreichen, als den verhassten Achtstundentag zu durchkreuzen. Die Sporen machen sich bereits bemerkbar. Abgesandte gelber Vereinigungen sind bereits an der Arbeit, ob im Auftrag der Behörden oder nicht, jedenfalls aber gefällig den Behörden dieser Plan. Der Zug der neuen Zeit ist spurlos an jenen Herren vorübergegangen, und läßt erheben sie ihr Haupt. Die Verteilungen dürfen höchstens dabei sein und mit aller Geduld das hanehmen, was den Behörden angenehm ist. Ein Maßbestimmungsrecht gibt es nicht mehr.

Nachdem die Verhandlungen gescheitert waren, nahm das Personal noch einmal zu der Besoldungsreform Stellung. Einmalig wurde dann beschlossen, daß an dem bestehenden Tarifvertrag festgehalten sei. Die Leitung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Magdeburg wurde beauftragt, erneut den Entwurf einer Lohnliste zu unterbreiten und nochmals um Verhandlungen zu ersuchen. Dieser Beschluß wurde ausgeführt; eine Verhandlung kam auch am 16. November zustande. Wie in allen vorherigen vermittelte man auch in dieser Verhandlung nicht, das Maßbestimmungsrecht über Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beteiligten zur Anerkennung zu bringen. Auch bei dieser Verhandlung hat sich gezeigt, daß

wenn nach allem Muster einseitig verfahren will; man sollte es einfach ab, über die Eingabe des Personals überhaupt in Verhandlung zu treten.

Das Personal wird im Einvernehmen mit den örtlichen Gewerkschaften nun über weitere Maßnahmen beraten. Es scheint, daß den Arbeitgebervertretern bisher nicht der Sachverhalt so vorgetragen worden ist, wie es in Wirklichkeit liegt. Es wird daher Aufgabe der zuständigen Organisation sein, in aller Oeffentlichkeit die Ursachen und Gründe der gescheiterten Verhandlungen zu behandeln. Wir werden in den nächsten Tagen darauf zurückkommen. Besonders muß hervorgehoben werden, daß sich das Personal der Heilanstalten ein Maß von Geduld auferlegt hat, wodurch verhindert worden ist, daß nicht schon früher ein offener Bruch eingetreten ist. Alles ist aufgeboten worden, um auf friedlicher Grundlage ein tarifliches Verhältnis, wie im vorigen Jahre, zu erhalten. Die Friedliebhand ist vom Arbeitgeberverband und den Behörden vorgeschlagen, die also auch für die sich aus dem Kampf um die Existenz des Personals ergebenden Zustände die Verantwortung zu tragen haben.

Sport und Spiele.

Turnverein sieht.

Die Abteilung Alte Neustadt hat ab 1. Dezember folgende Neueinteilung der Turnabende festgelegt. Es turnen des Montags von 7 bis 8 1/2 Uhr die Schülerinnenabteilung, Dienstag von 7 bis 8 1/2 Uhr die Schülerabteilung, Mittwoch von 7 bis 8 1/2 Uhr die Damenabteilung, Donnerstag von 7 bis 8 1/2 Uhr die Männerabteilung und Alt-Herren-Miegen, Freitag von 7 bis 8 1/2 Uhr die Jugendabteilung (Alter von 14 bis 17 Jahren).

Die Turnstunden finden statt unter Leitung der Turnwarte Winter, Rudolph, Hübisch und Koch.

Arbeiter! Stärkt den Körper! Denn nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist. Eltern, schickt uns eure Töchter und Söhne! Die Turnstunden unserer Abteilung finden in der Turnhalle Stendaler Straße statt.

Kleine Chronik.

Schweres Bergwerksunglück. Am Dienstag nachmittag 6 Uhr riß auf Schacht 2 in der Zeche Westfalen in Ahlen in Westfalen das Förderseil. Beide Körbe stürzten in den Grund. Fünfzehn Mann sind tot.

Schweres Eisenbahnunglück in Baden. Mittwoch vormittag wurden zwischen Station Blankenloch und Modifikation Lachwald in Baden sieben Streckenarbeiter getötet, zwei schwer und zwei leicht verletzt. Die Arbeiter wollten einem Güterzug ausweichen und trafen in das Gleis des zu gleicher Zeit die Strecke befahrenden Personenzugs. Der die Luftschicht führende Kottensführer befindet sich ebenfalls unter den Getöteten.

Eingefandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Abstemplung der Banknoten.

Die Festbesoldeten, die Arbeiter- und Beamtenchaft hat man nun reiflos zur Steuer herangezogen, für sie, die so schwer um ihre Existenz ringen, gibt es kein Mittel mehr, sich um die Steuer zu drücken. Ist es daher nun nicht ein dringendes Gebot der Gerechtigkeit, nunmehr auch alle diejenigen rückwärts zu fassen, die seither leer ausgingen? Oder glaubt wirklich jemand noch ernstlich, daß an einen Wiederaufbau zu denken ist, solange einzelne Kreise sich auf Kosten der andern jeden Luxus gestatten können. Der Kampf wird so lange fortbauern, bis auch hier Wandel geschäfft wird. Wir alle wissen, und auch die Herren am grünen Tische wissen es ebensogut, was heute z. B. in der Landwirtschaft verdient wird und was während des Krieges verdient wurde. Wie will nun die Regierung alle diese Vermögen erfassen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß man seit der Kontrolle durch die Banker usw. fast derartige Institute nicht mehr bedient und lieber auf die paar Pfennige Zinsen verzichtet, als der Steuerbehörde Einsicht in seine Vermögenslage zu geben. Man häuft das Geld zu Hause auf und entzieht es dadurch dem Verkehr. Auf welche Weise will nun die Steuerbehörde die Existenz dieser Vermögen finden, wenn sie nicht eine genaue Kontrolle ausüben kann. Diese Kontrolle ist aber nur durch das Abstemplen der Banknoten möglich. Man hat seither dagegen geltend gemacht, daß eine derartige Abstemplung unserer Banknote schade. Bei dem heutigen Tiefstand unzers Geldes kann aber davon keine Rede mehr sein, außerdem darf dies keine Rolle mehr spielen, wenn es sich darum handelt, den wirklichen Besitzstand auf diese Weise festzustellen. Man spricht gegenwärtig so viel von Zwangsanleihen, um dem Finanzelend abzuhelfen. Derartige Maßnahmen sind wertlos, solange man die Steuerkraft nicht einwandfrei feststellt hat. Wenn der Staat alle die abstrichlich verschwiegenen Vermögenswerte, nachdem er durch die Abstemplung der Banknoten eine Kontrolle über die Steuererklärungen ausgeübt hat, in rückwärtsloser Weise konfisziert, dann erhält er so viel Mittel, daß er eine Zwangsleihe nicht braucht. Er hat außerdem alles dem Volke gegenüber getan, was in seiner Macht liegt, um durch eine gerechte Verteilung der so schweren Steuerlasten den Wiederaufbau zu beginnen. Solange die Notendruckerei nicht aufhört, kann von einem Wiederaufbau keine Rede sein. Wir alle sind uns aber darüber klar, daß unsere ganze Arbeit erst dann allgemein in die Erscheinung tritt, wenn keine Ausgaben ohne Deckung mehr gemacht werden dürfen.

G. L.

Die Besoldung der städtischen Beamten und Angestellten.

Am 22. 7. 1920 trat die Stadtverordneten-Versammlung einem Beschluß des Magistrats über die Neuordnung der Besoldungsverhältnisse der Beamten und ständigen Angestellten bei. Unter dem 23. 7. 20 benachrichtigte der Magistrat jeden einzelnen Beamten usw., daß er nach dem am 1. 4. 1920 in Kraft tretenden Besoldungsordnung in die und die Besoldungsgruppe eingereiht sei und sein Besoldungsdienstalter an dem und dem Tage beginne. Diese Benachrichtigung erfolgte ausdrücklich unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerspruchs und des Rechtes, Rückzahlungen zu fordern, sofern dies infolge der im Oktober dieses Jahres zu erwartenden Revision des staatlichen Besoldungsgesetzes oder bei anderweitiger Festsetzung des Wertes der Naturalbezüge oder eines Irrtums erforderlich wird. Am gleichen Tag erließ der Magistrat an sämtliche Dienststellen ein Rundschreiben, das von jedem Beamten usw. die Unterschrift für einen Rebers fordert, der die Besoldungsordnung ausdrücklich anerkennt und der zugibt, was der Magistrat jedem Beamten usw. (wie oben angeführt) mitgeteilt hat, nämlich, daß die infolge Revision des Besoldungsgesetzes oder eines Irrtums oder etwa von der Aufsichtsbehörde geforderten Veränderungen sich ergebenden Mehrzahlungen als Vorbehalt auf zukünftige Bezüge aus städtischen Mitteln (Gehalt, Ortszuschlag, Ausgleichszuschlag, Kinderzulagen, Ruhegehalt, Hinterbliebenenbezüge) angerechnet werden.

Die größte Zahl der Beamten und Angestellten hat diesen Rebers unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse unterschrieben und das ihnen durch die neue Besoldungsordnung zustehende Gehalt ab 1. 4. erhalten. Ein kleiner Teil der Beamten und Angestellten verweigerte die Unterschrift und bezieht gegenwärtig noch das Gehalt nach der alten Besoldungsordnung mit den entsprechenden Zulagen. Wie weit die betreffenden Beamten und Angestellten mit ihrer Besoldung nach der alten Besoldungsordnung kommen, darum kümmert sich der

Magistrat als Arbeitgeber (oder vielleicht auch nur der betreffende Stadträtliche Dezernent) nicht.

Seite weh der Magistrat noch nicht, welche Beamten usw. die Unterschrift nicht geleistet haben. Das es auch Beamte usw. Angestellte gibt, die trotz Unterschriftsverweigerung bereits nach der neuen Besoldungsordnung bezahlt werden, davon hat der Magistrat wohl auch noch keine Kenntnis. Er hat seinen Standpunkt — die Anerkennung der Besoldungsordnung zu verlangen — einer kleineren geschlossenen Gruppe städtischer Beamten gegenüber bereits verlassen. Diese kleine Gruppe bekam ihr Geld gegen Unterschrift des obengenannten Rebers, bei dem aber mehrwichtigere der erste, die Anerkennung der Besoldungsordnung betreffende Satz fehlt, der also nur das enthält, was der Magistrat ja — wie oben angeführt — jedem besonders mitgeteilt hat.

Worauf gründet denn der Magistrat sein vermeintliches Recht, das er nach vorstehendem bereits aufgegeben hat? Wie leicht auf die Mitteilung an jeden einzelnen Beamten usw., der er in die und die Gruppe einer Besoldungsordnung eingereiht worden ist, die 28 Seiten stark ist und von der jetzt schon feststeht (es steht geschrieben auf Seite 2 der Vorlage), daß sie nach dem 31. Oktober 1920 revidiert werden wird.

Nein, Herr Magistrat! Bei aller Disziplin, die als Selbstverständlichkeit gefordert werden muß, machen wir diese Sache nicht weiter mit. Wir fügen auf unser gutes Recht. Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, der Magistrat hat jedem einzelnen mitgeteilt, daß Rückzahlungen wahrscheinlich sind. Soll nun noch anerkannt werden? Doch wohl nur der gemeinliche Besatz der städtischen Körperschaften, also ein Ortsgericht. Ist denn eine solche Anerkennung von Gemeinbeschlüssen üblich gewesen? Ist es üblich gewesen, von der Bürgerchaft die Anerkennung zu fordern, daß der Gas- und Wasserpreis erhöht wird? Hat der Reichsfinanzminister von dem Steuerzahler die Anerkennung der Reichssteuererhöhung verlangt? Haben Reich und Staatsregierung die Anerkennung der Besoldungsordnung gefordert? Was hier und dort beschlossen ist, ist bindendes Gesetz und das Gesetz hat der Magistrat auszuführen.

Er hat es nicht ausgeführt, obgleich er nach § 2 des preussischen Gesetzes vom 3. Juli 1920 — betreffend vorläufige Begleichung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts — dazu verpflichtet ist. Städtische Beamte.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.	
Ort	Stand
Arbunde	17.11. + 0,21
Brandels	17.11. + 0,22
Mein	+ 0,30, 0,08
Reimers	+ 0,59
Muffig	18.11. —
Recken	— 1,85
Orgau	— 0,22, 0,04
Wittenberg	—
Roslau	+ 0,29
Alten	17.11. —
Barby	18.11. + 0,38, 0,02
Magdeburg	+ 0,34, 0,01
Brandenburg	+ 0,1
Wittenberge	+ 0,5, 0,01
Senftenberg	17.11. —
Östlich	+ 0,06
Barthau	18.11. —
Boizenburg	17.11. —
Sobndorf	18.11. + 0,15, 0,03
Oden	18.11. —
Gröden	18.11. + 0,50, 0,10
Gröden	+ 1,34
Gröden	+ 0,38
Gröden	+ 1,32, 0,08
Gröden	+ 0,24, 0,08
Gröden	+ 0,10, 0,02
Wanzenburg	17.11. —
Oberpegel	—
Brandenburg	—
Unterpegel	—
Rathenow	—
Oberpegel	—
Rathenow	—
Unterpegel	—
Sabelberg	—

Wettervorhersage.

Freitag den 19. November: Zunächst ziemlich heiter, trocken, Windstille tagsüber mild.

Gewinn-Auszug

16. Preuss.-Südb. (242. Preuss.) Klassen-Lotterie

1. Klasse		2. Klasse		3. Klasse	
Gewinn		Gewinn		Gewinn	
2 Gewinne zu 10000 M 3947	2 Gewinne zu 5000 M 80784	80 Gewinne zu 3000 M 6748 19206 20377 27247 24287 44126 44885	47684 51669 61042 62894 70207 76005 78283 85680 104287 105719 110402	111728 116079 123926 128993 128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914	128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914
2 Gewinne zu 10000 M 3947	2 Gewinne zu 5000 M 80784	80 Gewinne zu 3000 M 6748 19206 20377 27247 24287 44126 44885	47684 51669 61042 62894 70207 76005 78283 85680 104287 105719 110402	111728 116079 123926 128993 128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914	128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914 128914

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen:

2. Klasse		3. Klasse	
Gewinn		Gewinn	
2 Gewinne zu 10000 M 3947	2 Gewinne zu 5000 M 80784	80 Gewinne zu 3000 M 6748 19206 20377 27247 24287 44126 44885	47684 51669 61042 62894 70207 76005 78283 85680 104287 105719 110402
2 Gewinne zu 10000 M 3947	2 Gewinne zu 5000 M 80784	80 Gewinne zu 3000 M 6748 19206 20377 27247 24287 44126 44885	47684 51669 61042 62894 70207 76005 78283 85680 104287 105719 110402

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Immer noch billige Schuh

Schuhhaus COORS

Halbeskämper Straße 116 gegenüber Lemsdorfer W.

Regenschirme

werden schnell und sauber repariert

Oscar Jacob, Schirmfabrik

Breitweg 44.

Dreileben. Die Sammlung für Dreileben, zu der alle Schichten Bevölkerung beigetragen haben, überbrachte die ansehnliche Summe 1216,50 Mark. Allen Ehren sei Dank. Rothnagel

Wo?

kaufen

Händler Kantinen Gastwirte

preiswert und gut an
Original-Fabrikpreisen

Zigaretten

Ständig großes Lager von zirka 30 der führenden
Zigaretten-Fabriken

Zigarren in allen Preislagen —
Tabak verschiedene gute Fabrikate —
Kautabak von Baum & Zeug, Eachwege

Th. Wurche

bei Th. Wurche Tabakwaren-
Großhandlung
Telephon 8286 Schuhbrücke 1, 1. Etage Telephon 8288
Eingang nur Schuhbrücke 1. Eingang nur Schuhbrücke 1.
Verlangen Sie meine neuste Preisliste.

Jalousien — Rolläden

Reparatur u. Neuanfertigung.
Carl Helmholz, Gr. Giesborfer Str. 108.
Telephon 4572, 4823

Wir empfehlen und zur Lieferung von
sozialistischer und anderer Literatur
und bitten um gütigen Zuspruch.
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Mühlstraße 3.

Alfred Limmer
Schwertfegerstr. 13
Telephon 6629
kauft

Achtung! Händler!

Kaninchen-
Ziegen-, Hasen-
Felle, Günte, Rauchwaren 2088
Günstigster Verkauf für Sammler!

Kammer-Licht-Spiele

Ab Freitag den 19. November

Mia May als Hauptdarstellerin
Joe May als Regisseur

Die Schuld der Lavinia Morland

eine Tragödie in 7 Akten

In den weiteren Hauptrollen:

Albert Steinrück, Alfred Gerasch, Kitty Aschenbach
Paul Bildt, Albert Patry, Rosa Valetti, Otto Treptow.

Paul Heidemann

Er bleibt in der Familie

eine amüsante Geschichte mit haarsträubend. Ausgang
3 Akte. 8 Akte.

Man besuche zunächst die erste Vorstellung.

Extra billiger Möbel-Verkauf!!

vom 18. bis 28. November.

Schlafzimmer in jeder Größe u. Farbe 2400
Rüchen in eleganter Ausführung, komplett 580
Speisezimmer nur gute Arbeit 2200
Wohnstube mit Platte u. Spiegel, in
jed. gewöhnlich. Größe 490
Nachtschränke mit Platten u. Spiegel-
schänken 240
Stühle für Rüchen, Schlafzimmer u. Speise-
zimmer 25 an
Kühe aller Art. von 150 an
Stahlrohrmatrassen 150
Stellige Auflage-Matrassen mit Reif. 180
Stellige Auflage-Matrassen arpen-
grasfüllung, Reiften 160
Chaiselongues und Sofas von 300 an
hochmoderne Klubsessel 750
Schreibtische 180
Schreibtische mit englis. Stühlen 700
Schlafzimmer in sehr tiefem, zum Selbst-
schraub. Säulen, und Wägen 1850
Sturgharddecken mit englis. 390
Schränke u. Verticos zusammen 900

Rosenbergs

Möbel-Spezial-Haus,
Magdeburg, Katharinenstraße 8,
2758 am freien Platz.

Ankauf von
Brillantschmuck
und **Gold**
zu höchsten Tagespreisen.
Hermann Severin
Königsplatz 1/2.
Uhren, Brillanten, mod. Schmuck



Suberläufige, erstklassige
Fahrräder, Nähmaschinen,
Mischmaschinen, Mangel,
Wring- u. Waschmaschinen
mag. elektr. Fahrradlampen,
Rad- u. Dehlaternen,
Fenster, Ketten, Schwabe,
Mantel, Schlauch, Gürtel,
In. Stenn - Schlauchreifen,
Zubecker und Gefäßteile.

Sie verlangen
die besten Fabrikate und
niedrigsten Preise?
Hier sind sie! 3375

Richard Kruse
Expres- und Panzer-Wäder
Lübecker Straße 108
(Konsumvereins - Haus).

18 verschiedene
wirklich gute Romane
aus der Vorwärtsbibliothek
schön sauber gebunden
empfehle
Buchhlg. Volksstimme
Gr. Mühlstraße 3.

Musikhaus Weber
Königsplatz 1
Sprech-
maschinen
Lauten, Mandol-
inen, Zithern,
Mund- u. Hand-
harmonikas zu
herabgesetzten
Preisen.
Reparaturen
gut u. bill. Alte Platt. u. Bruch
werd. z. höchst. Preis gekauft.

Reichhalt. Saft, Mittags-
u. Abendst. à 2.00 M.
Saft- und Logierhaus Mitte
Rosa, Schwertfegerstr. 22 (4580)

Städtische Theater.
Freitag den 19. November
Stadt-Theater.
Anfang 7 Uhr Ende 9 1/2 Uhr
6. Abend

Don Pasquale.
Wilhelm-Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr
Fräulein Bürgermeisterin.

Sonntag den 21. November
(Sonntags) Konzert.
Mitwirkende: Die Damen v.
Gloria, Preiser-Lode, die
Herren Dr. Rabl, Kapellmeister
Blumann, Capell. Jahn.

Opernterte
empfehle
Buchhandlung Volksstimme

Seben Freitag großer
Preiskat.
Friedrich Schulze
Kortstr. 4. Zum Amtsgericht.

Friedrichslust
Seben Freitag 5528
Großer Preiskat

Achtung, Raucher!!

Zigarren

in altbekannter Güte. — Große Fassons von 60 Pfg. an.
Jede Marke ein Schlagwerk.

Zigaretten

— von 15 bis 50 Pfennig —
u. a.: Die dicke Graf Otto, Pils, Galen, Meißner,
Coffein No. 5, Bonitas, Sanson, Sultan, Saren,
Dicke Bohnen, Oberst, Sport, sowie englische Marken.

Reiner Rauchtobak

Pfund von 12.00 M. an.

Feinster Zigarettentobak

italienischer, Holländer, Virginiaer.

Robert Frehe

Zigarren-
Großhandlung
Magdeburg-Str.
Schneeberger Str. 94c. Fernsprecher 7181.
Wiederverkäufer genießen hohen Rabatt!

Café Royal

Brotte-
weg 94
2625 Täglich von 4 1/2 Uhr nachmittags
Damen-Kaffee-Kränzchen
verbunden mit Rudi-Wach-Konzerten.
den beliebten Bohnen- u. Ersatzkaffees wird an den Nach-
mittagen in Kaminen verabfolgt. — Indem ich
korrektes Bedienung in meinen gut gewärmten
Räumen zusichere, bitte ich um gütigen Zuspruch.
Der Inhaber: Wilhelm Rischmüller.

Walhalla

Lichtspiele

Ab Freitag den 19. November
Der große Ellen-Richter-
Monumentalfilm

Die Fürstin Woronzow

Drama in 6 Akten aus dem zaristischen
Rußland.
In den Hauptrollen:
Ellen Richter
Hugo Flink. 2611

Dazu:
Der Sünde Sold
großes ergreif. Filmschauspiel in 5 Akten.
In der Hauptrolle:
Esther Carena. 2610

Raucht Bonitas!

Fürstenhof- Prunksaal

7 Uhr:
Die große Varietés-Schau
**Leben und Treiben
im Harem**
Dazu das glänzende
Spezialitäten-Programm
mit den für Magdeburg
bühnig neuen Darbietungen

Fürstenhof- Zunnel

Täglich: Die be-
liebtesten Wägen.
Heute Freitag
neues Programm.

Altstädter Hof.

Freitag, Sonnabend, 8 Uhr.
Sonntag um 10, 4 und 8 Uhr
Großer Preiskat.

ZENTRAL- THEATER

Heute 7 Uhr
Dorfmusikanten
Musik von Oskar Straus.

Zentraltheater- Restaurant

Bunte Bühne

Tägl. Auftreten erster
105 Kunstkräfte!
Anfang 8 Uhr.

Stephanshallen

Täglich 2621
Das gute, bezente
Familienprogramm!

Lichtspielhaus Panorama

Ab Freitag den 19. November
Der große Erfolg



NIRVANA

3. Teil
Der
Ruf über das Meer

Sensationstragödie in 7 Akten.
Jeder Teil in sich eine abgeschlossene Episode, daher
allein verständlich.

Außerdem:
**Professor Rehbein
verliebt sich**
Ein wirkliches Lustspiel. 209

Man besuche zunächst die erste Vorstellung.

Wilhelma

129 Lübecker Straße 129

Der Prunksaal ist noch zu Weihnachts-
und Silvesterfesten zu vergeben. Große
und kleine Vereinszimmer mit Klavier
sind für einige Tage in der Woche noch
zu vergeben. Ferd. Preuß. — Tel. 2085.

CIRCUS

GEBR. TRUMMELFELDER
1875 gegr.
MAGDEBURG

Neu: Sahib Nadchurus Elefant-, Kamele-,
Pferde-Dressur
Neu: 7 Ascards 7, im Atelier des Bildhauers —
Neu: Das Schulpferd und die Tänzerin
Neu: Pia-Coco-Trio Fliegende Musik
Neu: Fred Walton Schwungell-Akt
Neu: Nero-Pluto-Mentor Bullen und Rot-
schockhengst —
Neu: Neue Dressuren — neue Zwischenspiele
der Spaßmacher — dazu:
Knutz, Seelöwen, Janslys, Rosenkavlier.
usw. usw. 2001

Klucowasch

Salmiak-Terpentin-Seifenpulver
— altbewährte Friedensqualität —
Spezieller Verbrauch. Unzerstörte Wirkung. Völlige Unschädlichkeit.
Hersteller: Kluge & Co., Seifenfabrik, Magdeburg.